

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreis: Die 4-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmärkte, Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 2.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Bei Werbebotung Rabatt. Entnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 69

Mittwoch, den 23. März 1921

12. Jahrgang

Der polnische Terror in Oberschlesien.

Polen versucht das Abstimmungs- ergebnis in Oberschlesien zu vergewaltigen.

Berlin, 23. März. Uebereinstimmend melden die Blätter aus Kattowitz, daß in dem Gebiet östlich und südlich der Stadt der polnische Terror unumschränkt herrscht. Die interalliierten Behörden versagen den Deutschen jeden wirksamen Schutz; auch die Abstimmungspolizei versagt vollständig. Bewaffnete polnische Abteilungen mit voller militärischer Ausrüstung postieren gestern die Grenze und haben eine Anzahl von Grenzorten besetzt. Die Ortschaften Winkental, Schoppinitz, Janow und Nieschacht sind völlig in ihrer Gewalt. Die deutsche Einwohnerzahl flüchtet nach Kattowitz, wo sich bei dem deutschen Bezirkskommissariat bereits über 1000 zum Teil von den Polen übel zugerichtete deutsche Flüchtlinge gemeldet haben. In andern Grenzorten, so in Chorzow und in Baingow, sind Hallersoldaten, die als Abstimmungsbeauftragte herbeikamen, jetzt plötzlich in ihrer militärischen Uniform und mit Waffen versehen erschienen. Überall in diesen Orten ist die polnische Republik ausgerufen worden. Auf dem Kirch- und Rathausum in Bogutschütz und Gieschwald ist die polnische Reichsfahne gehißt worden.

Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ stürmten gestern nachmittag polnische Banden die Polizeibureaus der Stadt Kattowitz und vernichteten das gesamte Aktenmaterial. — Das „Berl. Tageblatt“ rechnet mit einer verstärkten Wiederholung des Aufstandes, falls die interalliierten Truppen die polnischen Truppen nicht über die Grenze zurückdrängen sollten.

Der Berichterstatter des „Vorwärts“, der die Verhältnisse gestern nachmittag in verschiedenen Orten selber in Augenschein nehmen konnte, faßt die Lage mit den Worten zusammen: Die Hölle ist jetzt hier los!

Wie der „Vorwärts“ aus Kleinwig meldet, herrscht in der gesamten deutsch orientierten Arbeiterschaft eine kaum noch zu überbietende Erbitterung über die schändlichen Taten der Sotobanden und der Rajowka Polka. Zu Hunderten werden die Arbeiter mit Gummiknüeten von den Arbeitsstätten vertrieben. Für den Fall, daß die interalliierte Kommission nicht schon in aller kürzester Zeit eingreift, werden von den deutschen Gewerkschaften Gegenmaßnahmen erwogen. Die Gewerkschaftsführer stehen auf dem Standpunkt, daß der Oberste Rat sofort die nötigen Anweisungen ergehen lassen muß. Den Gewerkschaften selbst ist es unmöglich, sich noch einmal an die interalliierte Kommission zu wenden, da diese bereits bei den letzten Vorstellungen die Gewerkschaften an ihre jungen Leute verwiesen hat. Die Geduld der deutschen Gewerkschaften ist erschöpft. Die Arbeiter bleiben auf sich selbst gestellt, und es kann geschehen, daß unter der erzwungenen Abwehr ebenso Unschuldige leiden müssen, wie es durch den polnischen Terror geschieht.

Berlin, 23. März. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Kattowitz: Die Grenze nach Polen ist vollständig offen. Bei Schoppinitz gehen die Polen unter Führung von Musikkapellen hinüber und herüber. Die Deutschen werden mit Knütteln vertrieben. In Kattowitz sammeln sich viele Hunderte von Vertriebenen, die von entsetzlichen polnischen Greueln berichten. Wenn nicht die interalliierte Kommission die Grenze energisch absperrt, ist bei dem zunehmenden Fanatismus der Polen mit sehr ernstlichen Dingen zu rechnen.

Kattowitz, 22. März. Die Gegend östlich und südlich von Kattowitz wird von scharfem polnischem Terror heimgesucht. Mißhandelte und flüchtige Deutsche jener Gegend treffen dauernd in Kattowitz ein. Das Bezirkskommissariat hat nähere Ermittlungen an. Dem Kreisinspektor ist Meldung erstattet.

Neuport, 22. März. (Reuter.) In Besprechung des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien erklärte „New York World“: Der deutsche Sieg sei ein weiterer Triumph für den Grundgedanke der Selbstbestimmung in internationalen Angelegenheiten. „New York Herald“ sagt, das Abstimmungsergebnis ist in gleicher Weise aber in noch höherem Grade ein Sieg für Frankreich und die Alliierten, weil die schlesischen Hilfsquellen wesentlich sind für die deutsche Produktion, aus der die Reparation bezahlt werden muß. „New York Times“ schreibt: Der Verlust der ober-schlesischen Gebiete ist ein harter Schlag für das polnische Präventiv und noch ein schwererer Schlag für die polnische Industrie.

Das Endergebnis der ober-schlesischen Abstimmung.

Die Endzahlen der Volksabstimmung in Oberschlesien lauten nach der Feststellung der interalliierten Kommission:
für Deutschland 718 408,
für Polen 471 408.

Da diese Zahlen nur telephonisch nach Berlin übermittelt sind, können sich noch kleine Veränderungen ergeben.

Die Ententepresse für eine Teilung Oberschlesiens

In den Ententeländern wird, wie sich aus französischen und englischen Pressestimmen ergibt, auf eine Teilung Oberschlesiens gemäß den Abstimmungsergebnissen in den einzelnen Gemeinden hingearbeitet. Aber abgesehen davon, daß dies Prinzip sich gar nicht konsequent durchführen lassen wird, ist auch daran festzuhalten, daß mit einer Zerreißung des einheitlichen ober-schlesischen Wirtschaftsgebiets niemandem gedient sein könnte. Das Autonomiegesetz für Oberschlesien sieht ja überdies einen weitgehenden Schutz der nationalen polnischen Minderheit vor. Wenn der Sinn der Abstimmung nicht geradezu verzerrt werden soll, kann nur ihr Gesamtresultat für die künftige politische Zugehörigkeit Oberschlesiens maßgebend sein. Freilich sind wir ja seit den letzten zwei Jahren an die schlimmsten Vertragsverletzungen durch die Alliierten gewöhnt worden.

Beschärfung der Streiklage in Marienwerder.

Marienwerder, 22. März. Die „Weichselzeitung“ meldet: Der Arbeitgebersverband hat in einer gestern abend stattgefundenen Sitzung beschlossen, falls der 24 stündige Sympathiestreik nicht Mittwoch mittag 12 Uhr beendet sein sollte, den Bürgerstreik als Abwehr einzutreten zu lassen und sämtliche Streikenden sofort zu entlassen. In einer zu gleicher Zeit stattgefundenen, stürmisch verlaufenen Gewerkschaftsversammlung wurde auf Veranlassung der Buchdrucker, die drohten, andernfalls aus der Gewerkschaft auszutreten, ein 24 stündiger Sympathiestreik für die streikenden Metallarbeiter beschlossen. Sämtliche Betriebe in Marienwerder stehen heute still. Zu irgendwelchen Ausbreitungen ist es bisher nicht gekommen. Die in Marienwerder erscheinende „Weichselzeitung“ erscheint als Notzeitung in ganz kleinem Umfange, die vom Verlagdirektor, den Redakteuren und dem kaufmännischen Leiter hergestellt wird.

Die ersten Zusammenstöße im mittel-deutschen Bergbaugebiet.

Berlin, 23. März. Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ aus Hettstedt ist es in Eisleben und Hettstedt zu den ersten Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und streikenden Arbeitern gekommen.

Wie die „Rote Fahne“ aus Hamburg meldet, hat eine Versammlung der Arbeiter der Vulkanwerft die sofortige Einstellung der Erwerbslosen verlangt und erklärt, diese Forderung zu erzwingen, falls sie nicht bewilligt werden sollte.

Im Anschluß an diese beiden Meldungen fordert das kommunistische Blatt erneut die Arbeiter auf, zum Angriff auf der ganzen Linie überzugehen.

Die Berliner Kommunisten hielten gestern vier stark besuchte Versammlungen ab, auf denen die Lage in Mitteldeutschland besprochen wurde. Es wurde erklärt: Im Augenblick sei eine Aktion noch verfrüht, aber gegebenenfalls müsse man den mittel-deutschen Arbeitern die Solidarität bewahren.

Der „Vorwärts“ sowohl wie die „Freiheit“ verurteilen aufs schärfste die kommunistische Heße. Der „Vorwärts“ sagt, die Berliner Arbeiterschaft soll ohne jeden Anlaß, und ohne um ihr Einverständnis gefragt zu werden, in eine wilde Streikaktion hineingerissen werden; namentlich auf die städtischen Betriebe hat man es nach dem demselben Blatte zugegangenen Betriebsmitteilungen abgesehen. Die Gas-, Elektrizitäts- und Transportarbeiter sollen die Arbeit niederlegen. Wir hoffen, daß die städtischen Arbeiter überlegt und besonnen genug sind, um sich nicht zu blinden Werkzeugen der Machtgelüste herzugeben und sich nicht in eine Aktion hineinziehen zu lassen, deren Endziel sie selber nicht kennen. Die „Freiheit“ spricht von dem Gebrüll der „Roten Fahne“ und erwartet, daß die Arbeiter den Gewerkschaftsweisungen und nicht den irrsinnigen kommunistischen Parolen Folge leisten werden.

Der deutsche Sieg in Oberschlesien.

Von Franz Riß.

Obwohl noch nicht alle Resultate aus dem ober-schlesischen Abstimmungsergebnis vorliegen, kann man doch heute schon sagen, daß der ober-schlesische Volksentscheid einen erfreulichen Sieg der deutschen Sache darstellt. Rechnet man alle Ergebnisse zusammen, sowohl die aus den überwiegend deutschen als jene aus den zweifellos polnisch sprechenden Bezirken, so kann man eine Mehrheit von mindestens 60 zu 40 feststellen. Dabei muß man berücksichtigen, daß Oberschlesien keineswegs ein einheitliches Gebilde darstellt, daß es sowohl wirtschaftlich als national verschiedenartige Strukturen aufweist. Neben ausgedehnten rein agrarischen Strichen finden wir gewisse Bezirke und den für Deutschland augenblicklich wichtigsten industriellen Bezirk, in dem die Hochofen- und Hüttenwerke von Bergproletariats in kümmerlichsten Behausungen ihr Leben fristen. Die Abstimmungsergebnisse sind dementsprechend auch sehr unterschiedlich ausgefallen. Während in ländlichen und rein städtischen Kreisen die Mehrheit der Abstimmungen für Deutschland teilweise bis auf über neunzig Prozent anstiegt, ist sie in den volkreichen Industrieorten, vor allem der Kreise Pöhl und Rybnitz und in dem südlichsten Winkel wesentlich niedriger gewesen und hier und da sogar einer polnischen Mehrheit erliegen. Inessen hat Oberschlesien als Gesamtheit abgestimmt, und da es ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, so ist die Volksabstimmung auch einheitlich zu bewerten. Der zweifelloste trotz allem polnischen Terror und trotz einer ungeheuren polnischen Propaganda unter freudlicher Unterstützung durch die Franzosen erzielte deutsche Erfolg darf nicht aus der Witz disputiert werden.

Das ist notwendig, mit aller erforderlichen Klarheit schon heute auszusprechen. Denn mit dieser Abstimmung ist das Schicksal Oberschlesiens nach nicht entschieden. Vielmehr werden jetzt die hohen und höchsten Mäkte des Siegerbundes versuchen, auf Grund des Friedensvertrages das zweifelloste Recht des deutschen Volkes anzubringen. Man beruft sich auf den Friedensvertrag, der den alliierten Mächten das Recht gäbe, unter Berücksichtigung der Abstimmung die Grenzen Oberschlesiens festzusetzen. Der Friedensvertrag, der die Abstimmung für Oberschlesien vorschreibt, sagt in seinem Artikel 83:

„Die Regelung, gemäß der diese Volksabstimmung vorzunehmen und ihr Folge zu geben ist, bildet den Gegenstand der Bestimmungen der beigefügten Anlage.“

In der Anlage wird im § 4 festgesetzt, daß das Abstimmungsergebnis gemeindefeindlich und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde festgestellt werde. Dann heißt es weiter im § 5 der Anlage:

„Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmenzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten von dem (interalliierten) Ausschuss mit einem erscheidenden Bericht über den Wahlgang mitgeteilt. Beizufügen ist ein Vorschlag über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willensumgebung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmenden Linie.“

Es steht nicht in dem Vertrage von Versailles, daß die alliierten Mächte an diesen Vorschlag ihres Ausschusses gebunden seien. Vielmehr ist nur davon die Rede, daß der Ausschuss den deutschen Behörden mitzuteilen habe, sobald die Grenzlinie von den alliierten Mächten festgelegt ist, daß die deutschen Behörden die Verwaltung des als deutsch anerkannten Gebietes wieder zu übernehmen haben. Diese Übernahme soll im Laufe eines Monats nach der Benachrichtigung erfolgen.

Der Wortlaut dieser Bestimmungen läßt also den Alliierten die Freiheit, die Abstimmung nach ihrem Gutdünken zu verwerten. Sie können einzeln Gemeinden für polnisch und die Nachbargemeinden für deutsch erklären. Sie können auch unter dem Sammelbegriff „geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften“ eine mehr oder weniger willkürliche Zerreißung des ober-schlesischen Wirtschaftsgebietes vornehmen und mit dem Buchstaben des Vertrages zu bedecken versuchen. Aber sie müssen sich darüber klar sein, daß eine solche Zerreißung im Widerspruch zu der Gesamtbestimmung stünde und daher von Deutschland nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden würde. Schon die für die Abstimmung festgesetzten Gebietsgrenzen waren so willkürlich gewählt, daß man fast auf die Vermutung kommen könnte, man habe so große ungewissenhaft deutsche Gebiete, wie den Kreis Kreuzburg, Rosenburg und ähnliche lediglich deshalb mit ins Abstimmungsgebiet eingezogen, um nachher sagen zu können, daß man bei der Teilung paritätisch verfahren wäre. Eine solche Teilung aber liegt weder im Interesse Oberschlesiens, noch Polens oder Deutschlands. Es handelt sich in Oberschlesien um das wichtigste Industriegebiet, das für die deutsche Wirtschaft und besonders für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gegenüber seinen Gläubigern unersetzbar ist. Es muß deshalb alles daran gesetzt werden, um zu verhindern, daß trotz des deutschen Sieges von den Entente-Staatsmännern der wichtigste Teil Oberschlesiens, nämlich der Industriebezirk, von Deutschland losgerissen wird.

Ist der deutsche Erfolg an sich schon erfreulich, so wird er noch besonders unterstrichen durch die Tatsache, daß er nicht zuletzt dem republikanischen Gedanken geschuldet ist. Wäre noch das alte monarchistische Unterdrückungssystem mit seinem besondern fatalistischen Einschlag am Ruder, so wäre zweifellos die Freude der Oberschlesier im Reich an der Erhaltung ihrer Heimat nicht so groß gewesen, wie sie sich in dem Massenstrom der Abstimmenden nach Oberschlesien bemerkbar machte.

Kommunistisches Freispiel mit Arbeiterblut.

Wie die „Postische Zeitung“ meldet, sind die Mansfelder Arbeiter auf Berliner kommunistische Weisung hin ohne Zustimmung in den Streik getreten. Der „Vorwärts“ führt die Streikbewegung der Kommunisten auf einen Moskauer Befehl zurück. Das Blatt schreibt: Moskau brauche Arbeiter. Die U. A. P. hat den Befehl des Exekutivkomitees, in den nächsten Tagen oder Wochen blutige Zusammenstöße in Deutschland herbeizuführen. Durch tägliche Beschäftigung wie durch fortgesetzte Aufrufe zur Verfassung haben die Kommunisten einen Akt der Regierung zu erzwingen, um mit Verhaftungen darauf antworten zu können. Auf diese Weise gelangen sie zu dem erwünschten Blutergüssen. Das Blatt warnt die Arbeiter, sich zu solchem freiespieligen Spiel herzugeben. Auch die „Freiheit“ schreibt, daß die Kommunisten auf Tritt von außen hin handeln und rufen den Arbeitern zu: Laßt euch nicht provozieren!

Blutergüssen auf Halle zufolge, behält sich der Generalkomitee im Mansfelder Bergbau ausdauernd weiter aus. Die Gewerkschaften und die Mehrheitsfraktionen bemühen sich die Verfassung zu verurteilen, und bieten sich als Vermittler zwischen den Streikenden und den Behörden an.

Galle (Saale), 22. März. Der von den Kommunisten proklamierter Generalstreik im Industriegebiet ist noch nicht vollständig. Zwar haben die Mansfelder Arbeiter in den zahllosen Betrieben den Streik begonnen, doch ist in den Zentralen Halle-Bezirk und Bismarck vollständig keine Stimmung für den Streik vorhanden. Die Einstellung der Bergwerke mit elektrischem Strom, die, wie gestern ein Bericht wissen wollte, in Aussicht gestellt war, hat sich bisher noch nicht bekräftigt.

Freilassung des Berliner Kommunistenführers Friesland.

Berlin, 23. März. Der gestern von der Kriminalpolizei verhaftete Leiter der Berliner Organisation der kommunistischen Partei Friesland ist aus der Haft entlassen worden. Seine Verhaftung stand mit den Vorgängen in Mitteldeutschland in keinem ursächlichen Zusammenhang. Er war vielmehr verhaftet worden, weil er mit einem in München verurteilten Kommunisten für identisch gehalten worden war. Dieses hat sich als ein Irrtum herausgestellt.

Kommunistische Lockspiegelarbeit.

Bei häufiger Gelegenheit hat die Schreibweise der kommunistischen Presse zu verfolgen — mag es sich um das Berliner kommunistische Zentralorgan „Die Rote Fahne“ oder das Danziger „Freie Volk“ handeln — wird sich immer seltener des Eindruckes erwehren können, daß hier Lockspiegelarbeit am Werke ist, um die Arbeiterschaft zu den gefährlichsten Unbesonnenheiten fortzuführen und gewissermaßen Abwehrmaßnahmen zu provozieren, damit das Feuer der kommunistischen Agitation mit Proletarierblut gesichert werden könne. Die Erfahrung ist ja schon oft genug gemacht worden, daß die Drahtzieher bei allen durch ihre Hehe veranlaßten Unruhen stets hübsch im sicheren Deckmantel bleiben und sich die Hände reiben, wenn wieder einmal Arbeiterblut fließt, das ihrer verworrenen Demagogie als schreiende Metalle dienen kann. Nachdem kürzlich ein Aufruf der „Roten Fahne“ zur Bewaffnung des (Lumpen-) Proletariats beschlagnahmt worden war, wiederholte das Blatt den gleichen Aufruf in seiner folgenden Nummer in verändelter Form. In diesen Provokationen steckt ein geradezu verbrecherisches Sotensystem. Dasselbe gliedert von der kommunistischen Streikbewegung im Mansfelder Bergbau bis zur das Einschreiten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Hörsing gegen das zunehmende Landstreicherei- und Landkittenwesen zum Vorwand genommen worden ist. Die gefährliche Tendenz dieser Streikbewegung geht ganz deutlich aus den Ausführungen hervor, die „Das freie Volk“ am vorigen Freitag dazu gemacht hat. Da wird an „die schwere Faust der Arbeiterschaft“ appelliert, der unmittelbare Kampf der proletarischen Massen“ an Stelle bloßer Demonstrationen gefordert und pathetisch verkündet: „Das Proletariat muß die anmarschierenden Banden zerschmettern.“

Die Konsequenz solchen ausgebliesenen Schwadronierens könnte, besonders bei der verschwindend geringen und seit den letzten Wahlen noch immer mehr zurückgehenden Zahl der Anhänger der Kommunisten, nur der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken und Greueln sein, der schließlich zu einer Militärdiktatur und einer nie wieder zu zu machenden Schädigung der Arbeiterbewegung führen müßte. Mancher arme Teufel wird ja vielleicht aus Verzweiflung über das gegenwärtige Elend geneigt sein, sich durch die kommunistische Lockspiegelarbeit zu unüberlegten Ausschreitungen aufzulassen zu lassen. Aber das leichtfertige Spiel mit Menschenleben hat nachgerade lange genug gedauert, und wer sich nur noch eine Spur von nüchternen Einsicht und Verantwortungsbewußtsein bewahrt hat, wird sich deshalb von dem kommunistischen Phrasendünkel nicht betören lassen.

Ein Zeitungsverbot im neubefestigten Gebiet.

Unter Duisburger Parteiorgan, die „Vollstimme“, ist von der Besatzungsbehörde auf zehn Tage verboten worden. Ueber die Gründe dieser Maßnahme ist hier nichts bekannt geworden. Da aber gerade die „Vollstimme“, wie wir aus eigener Anschauung wissen, stets für Verständigung und Mäßigung eingetreten, allerdings auch vor einer wohl begründeten Kritik der Gewaltmaßnahmen der Alliierten nicht zurückgeschreckt ist, so erhält aus diesem Beispiel am deutlichsten, daß der französische Militarismus gerade in der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Presse ihren gefährlichsten Gegner erkannt hat.

Das englische National Peace Council zu den Londoner Beschlüssen.

Das National Peace Council, der Zentralorganisation aller europäischen Friedensgesellschaften, ist der Deutschen Friedensgesellschaft ein Schreiben zugegangen, in dem die grundsätzliche Zustimmung der Besatzungsbehörde zum Council zu der von der Tschechoslowakei beschlossenen Verständigung ausgesprochen wird. Die Besatzungsbehörde ist dem Council über die Beschlüsse des Council im wesentlichen zustimmend, und hat die Beschlüsse des Council im wesentlichen als Grundlage für die Verhandlungen zwischen den Parteien anerkannt.

Die Parteien zu der Verfassungsänderung.

27. Sitzung des Danziger Volkstages

Dienstag, den 23. März 1921.

Präsident Matthaer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Zunächst geben die Fraktionen

Erklärungen zu dem Verlangen des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung

Entschieden ablehnung durch die Deutschnationalen.

Abg. Schwegmann erklärt namens der deutschnationalen Fraktion u. a., daß die Verfassung der Freien Stadt Danzig gemäß Beschluß des Völkerbundes vom 17. November 1920, nachdem sie durch die ordnungsmäßig bestimmten Vertreter der Freien Stadt Danzig ausgearbeitet ist, unter die Garantie des Völkerbundes gestellt worden und damit in Kraft getreten sei. Lediglich die in diesem Beschlusse des Völkerbundes vom 17. November erwähnten Änderungen unterliegen nach der Erörterung.

Wenn darüber hinaus der Völkerbund das Recht für sich in Anspruch nimmt, jederzeit Veränderungen in der Verfassung zu verlangen, so müsse einer derartigen Auffassung entschieden widersprochen werden. Ein derartiges Verlangen bedeute einen völlig unzulässigen Eingriff in die Selbständigkeit und Hoheit des Danziger Staates, den wir grundsätzlich zurückweisen müssen. Die Verfassung kann nur gemäß § 48 der Verfassung, die der Völkerbund garantiert hat, durch Beschluß des Volkstages und des Senats geändert werden. Zu diesen Beschlüssen ist die Genehmigung des Völkerbundes einzuholen. Ein selbständiges Recht des Völkerbundes, die Änderung der Verfassung zu verlangen, ist nirgends gegeben. Wir möchten annehmen, daß diesen Standpunkt auch diejenigen Parteien teilen müssen, die manchen Bestimmungen der Danziger Verfassung ablehnend gegenüberstehen. Denn ich nehme an, daß Sie alle die Selbständigkeit Danzigs verteidigen wollen. Meine Herren von der Linken, die Sache könnte auch gegen Sie ausschlagen. Wir beantragen Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

Die „Sorgen“ der Deutschen Partei.

Abg. v. Schröter erklärt, daß der Beschluß des Rates des Völkerbundes die Fraktion der Deutschen Partei mit schweren Sorgen erfüllt habe, weil er geeignet erscheint, unsere staatliche und wirtschaftliche Aufsicht erneut schweren Erschütterungen auszusetzen. In formeller Beziehung wird man den Völkerbund für berechtigt halten müssen, die Ansichten der Parteien des Volkstages zu den ihm bedenklich erscheinenden Punkten der Verfassung zu hören. Wir werden diesem Wunsche nachkommen und unsere Ansichten darlegen, schlagen aber zunächst eine Besprechung im Ausschuss vor und bitten, die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß zu überweisen.

Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion

verliest Genosse Wehl wie nachstehend:
Auf Veranlassung des Völkerbundes hat das hohe Haus jetzt Stellung zu nehmen zu einem vom Völkerbundrat genommenen Bericht des japanischen Vertreters beim Völkerbundrat über die von der Mehrheit des Hauses beschlossene Verfassung der Freien Stadt Danzig.

Es handelt sich in der Hauptsache darum:

- 1. die Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren von 12 auf 4 Jahre herabzusetzen,
- 2. diese Senatoren dem Parlament und dem Volke verantwortlich zu machen, und
- 3. um das Verlangen des Völkerbundes nach jederzeitiger weiterer Änderung der Verfassung.

Der Völkerbundrat fordert diese Änderungen, weil er in den jetzigen Bestimmungen der Verfassung über den Senat keine Garantie einer friedlichen und gesicherten Lage Danzigs erblicken kann. Das sind klatschende Ohrfeigen, die die bürgerliche Mehrheit dieses Hauses für ihr Verhalten bei den Beratungen der Verfassung jetzt vom Völkerbundrat erhalten hat. Die sozialdemokratische Fraktion gönnt der Mehrheit diese Prügel, denn sie hat sie reichlich verdient.

Durch die von der Mehrheit beschlossenen Bestimmungen über den Senat hat sie mit voller Absicht rund 40 Prozent der Danziger arbeitenden Bevölkerung einschließlich der gesamten polnisch sprechenden Teile von der Regierung, also dem Senat, ausgeschlossen.

Daß dieses Verhalten keine guten Früchte zeitigen würde, hat die sozialdemokratische Fraktion vorausgesehen. Die Mehrheit kehrte sich nicht daran und muß nunmehr auf Befehl einer höheren Gewalt in eine Revision der Verfassung eintreten.

Die sozialdemokratische Fraktion forderte unablässig einen aus wenigen Senatoren bestehenden, dem Volke und dem Parlament verantwortlichen Senat. Die bürgerliche Blokmehrheit lehnte diese demokratische Forderung ab. Die bisherigen Bestimmungen der Verfassung über den Senat sind die Früchte dieser betrieblernen und gegen weite Kreise der Danziger Bevölkerung gerichteten Blokmehrheit, die dem Völkerbundrat jetzt Veranlassung zum Einschreiten gibt.

So sehr die sozialdemokratische Fraktion für die Selbständigkeit aller Völker, insbesondere für die Selbständigkeit Danzigs, eintritt, begrüßt sie in diesem Falle das Eingreifen des Völkerbundes zugunsten der Demokratie und einer

parlamentarischen Regierung der Freien Stadt Danzig, weil nur durch diese eine Garantie für eine friedliche Entwicklung Danzigs gewährleistet werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist weiter der Meinung, daß nach Genehmigung der Verfassung durch den Völkerbund ihre Forderung nur auf dem vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Wege zustande kommen kann.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich bemühen, im Ausschuss ihre alten Forderungen, die der Völkerbundrat aufgenommen und deren Verankerung er in der Verfassung fordert durchzusetzen.

Bei dieser Gelegenheit soll nicht die Bemerkung unterbleiben dürfen, daß der Völkerbund sich leider nur in politischer Beziehung um das Geschick der Freien Stadt Danzig bekümmert, dagegen aber

die wirtschaftliche Not der Bevölkerung

in Bezug auf Versorgung mit Lebensmitteln, Arbeitsgelegenheiten, Behebung der Wohnungsnot u. dergl. mehr völlig übersehen. Die sozialdemokratische Fraktion erlärnt den Völkerbundrat als Schatzkammer Danzigs deshalb an seine Verpflichtungen gegenüber der Freien Stadt Danzig in wirtschaftlicher Beziehung.

Die Erklärung wird bei ihrer Verlesung von der Linken oft von Zustimmungsgeläutungen unterbrochen. Die Rechte begleitet den Satz, daß das Eingreifen des Völkerbundes in diesem Falle begrüßt würde, mit lebhaften Hörschreien. Zum letzten Passus, daß sich der Völkerbund lieber um die wirtschaftliche Notlage des Freistaates und seiner Bevölkerung kümmern möchte, hört man auch aus der Mitte Zustimmungsrufe. Zum Schluß setzt auf der Linken lebhafter Beifall ein.

Das Zentrum gegen die parlamentarische Demokratie.

Abg. Splitt meint im Namen der Zentrumsfraktion, daß der Völkerbund bei näherer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse des Freistaates erfahren haben würde, daß das rein parlamentarische System und die rein parlamentarische Regierungsform, in Zwergstaaten, wie der Freistaat Danzig, zu gerade unheilvollen Folgen führen müßte. (Guh-Guh-Rufe links!) Er hält es auch für unmöglich, bei einer parlamentarischen Verantwortung tätige Leute zur Leitung des Staates zu finden. Dem ersten Bericht des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung müsse ein entschiedenes Nein entgegengestellt werden.

Die Kommunisten für das demokratische Prinzip.

Abg. Rahn ist namens der kommunistischen Fraktion der Ansicht, daß die Verfassung noch nicht vom Völkerbund garantiert worden sei. Er habe mit seinen Freunden bei der Beratung der Verfassung versucht, möglichst das demokratische Prinzip in der Verfassung zu verankern und eine parlamentarische Regierung zu schaffen. Wir haben damals die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die im Völkerbunde sitzenden Persönlichkeiten, die eine andere Auffassung von dem Wesen der Demokratie haben als die seinerzeit im Hause sitzenden Männer, letzten Endes diese Bestimmungen beanstanden würden. Wir haben auf den Völkerbund und auf die in Frage kommenden Personen eingewirkt, diese Bestimmungen nicht anzuerkennen, und haben letzten unserer Freude Ausdruck gegeben, als die Stellungnahme des Völkerbundes bekannt wurde. Im selben Atemzuge behauptet Rahn jedoch, daß wir nicht die Macht dazu hätten, dem Völkerbund eine Institution imperialistischer Mächte die Zähne zu zeigen, um das Bestreben, in unsere Verhältnisse einzugreifen, zurückzuweisen. Die Kommunisten wären die ersten, die das tun würden. Dann behauptet Rahn wieder, trotz dieser Absicht dem Völkerbund die Zähne zu zeigen, daß die ablehnende Stellungnahme des Bürgerblocks der Bevölkerung des Freistaates wesentlich schaden würde. (Kommunistische Konsequenz. D. Red.)

Abg. Pfleiner erklärt namens der Unabhängigen, daß die U.S.P. mit der vom Völkerbund geforderten Änderung der Verfassung einverstanden wäre, wenngleich sie das Recht des Völkerbundes, die Verfassung zu ändern, nicht anerkennen können. In den gegenwärtigen Zeitläuften sei eine der Völkervertretung verantwortliche und

parlamentarische Regierung unbedingte Notwendigkeit.

um die dem jungen Staatwesen gestellten Fragen zu lösen. Die unabhängigen Sozialisten wären bei dem Konstituierungssatz des Freistaates sich aber bewußt, daß die angebotene Staatsform durchaus nicht den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung trage und daß die Arbeiterschaft nur in schärfsten politischen Kämpfen sich ihre Freiheit selbst erringen könne.

Volles Einverständnis der Polen.

Abg. Kubacz (Pol.) erklärt, daß die polnische Fraktion mit den durch den Rat des Völkerbundes vorgeschlagenen Änderungen einverstanden ist und beantragt, daß die Amtsdauer der Senatoren im Hauptamt der Wahlperiode des Volkstages zu entsprechen hat, daß die Senatoren im Hauptamt das Vertrauen des Volkstages besitzen müssen und daß dem Völkerbund zu jederzeit das Recht zustehe, Änderungen der Verfassung vorzunehmen. (Hört, hört! links.) Letzteres ergab sich aus dem Begriff der Gewährleistung der Verfassung durch den Völkerbund laut Friedensvertrag.

Die Fortsetzung des Berichtes können wir für einen Teil der Auflage leider erst in der morgigen Ausgabe bringen. Es handelt sich um die 3. Beratung über die Senatorengehälter, die die Annahme der Vorlage mit 56 gegen 30 Stimmen ergab. Anschließend entwickelte sich eine längere Aussprache über die Umstellung der Gewerkschaft. Hierbei leisteten sich die Kommunisten zur stillen Freude der Bürgerlichen eine außerordentliche Hehe gegen die Betriebsarbeiterräte.

die auch in der englischen Presse veröffentlicht sind, wiedergelegt:

- 1. Die Erhaltung der Verträge und des Friedens durch die Völkervertretung.
- 2. Die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen der Kriegführung trägt nicht in einer Lösung des Problems bei, sondern nur in der vorläufigen Wiederaufnahme und vertieft die Krise der Welt, unter denen Gefahr besteht.
- 3. Der Völkervertrag von Versailles ist eine lange Reihe von Jahren eine schwere Schranke für die Demokratie und die Freiheit der Völker, insbesondere für die Demokratie und die Freiheit der Völker, insbesondere für die Demokratie und die Freiheit der Völker.

4. Die Verhandlungen sollten zurückkehren zu den Bedingungen des Waffenstillstandes, für die sie ihr Wort verpfändet haben, und nur für den der Wiederaufnahme angefallenen Schaden Wiedergutmachung fordern. Das wird ein augenscheinliches Opfer bedeuten, aber es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es den Streit beendet und eine Aussicht auf wirtschaftliche Erholung gewährt wird, von der alle Gewinn begießen werden. Die Fortsetzung bringt deshalb darauf, daß Verhandlungen wieder aufgenommen, unzulässige, nicht zu rechtfertigende Forderungen fallen gelassen werden, und daß man sich in jeder Weise eine Lösung durch Verständigung herbeizuführen.

Die Umstellung der städtischen Verwaltung.

Aufhebung der Höchstpreise für Fleisch am 31. März.

Stadtverordneten-Sitzung vom 22. März 1921.

Stadtv. Marx (Dt. P.) hat sein Amt niedergelegt. Die beiden nächsten Nachfolger auf der Vorschlagsliste haben abgelehnt, der nächstfolgende, Grmisch, war eingeladen, aber nicht erschienen.

Eine Anfrage verschiedener Stadtverordneten beschäftigte sich mit den

fehlerhaften Gasmessern und Elektrizitätszählern.

Stadtv. Frau v. Korkstiel (Dnall.) wies darauf hin, daß verschiedene Fehler trotz verschiedenen Verbrauchs in den einzelnen Perioden stets die gleichen Angaben machen.

Direktor Fuchs antwortete, daß in Danzig 11 000 Elektrizitätszähler und 40 000 Gasmesser in Tätigkeit sind. Eine Prüfung dieser Apparate ergab 5 Prozent falsche messende Zähler, die meistens während des Krieges aus Ersatzmaterial hergestellt waren. Derartige Apparate werden jetzt umgebaut.

Die Inbetriebsetzung der Straßenbahnlinie Krenzgasse-Fischmarkt-Dampfbahnhof

wurde vom Stadtv. Winter (Dt. P.) gefordert. Das Fehlen dieser Linie werde von vielen Arbeitern und Gewerbetreibenden als schwerer Mangel empfunden, zumal viele städtische Bureaus in die Kaserne dieses Stadtviertels verlegt wurden. Im Interesse der Kleinbahnreisenden sei auch die Wiedereröffnung der Linie Wertvorort erforderlich.

Stadtv. Dr. Svert regte Verhandlungen des Verkehrs- und Verkehrsausschusses mit der Verwaltung der Straßenbahn an.

Stadtv. Habel (Dnall.) vertrat die Ansicht, daß der Straßenbahnverkehr nach Langfuhr auf Kosten der übrigen Stadtteile bevorzugt wird. Auch möge man für Neubau Gelegenheit schaffen.

Stadtv. Kohde (Dt. P.) erklärte die Betriebsbeschränkungen für berechtigt, solange eine Kohlennot besteht. Seit 2 Monaten besteht eine solche nicht mehr. Bedauer wünschste eine Verbesserung des Verkehrs auf der Strecke Reutahwasser-Prälen.

Stadtv. Genosse Behrendt betonte, daß die Straßenbahn schon seit sehr langer Zeit ein Schmerzenskind war. Man hätte den Mangel schon längst durch Kommunalisierung beseitigen können. Die Wiedereröffnung der Linie Krenzgasse-Fischmarkt sei notwendig im Hinblick auf die zahlreichen Kriegsschädigten der Danziger Werft. Genosse Behrendt freute an, wenn seiner Anregung, an den Endstellen der Straßenbahn an der Melbahn und am General-Kommando Warthe alle einzurichten, Folge gegeben werde.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete eine Anfrage von Stadtverordneten, betreffend die

Fortführung und Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Zugleich lag ein Antrag vor, einen Ausschuss von 9 Stadtverordneten zu wählen, der mit Vertretern des Magistrats und dem Senat das Gesetz betr. die Übernahme der Stadtverwaltung durch den Freistaat prüft.

Stadtv. Janßen (Dnall.) bedauerte die Beseitigung der Selbstverwaltung der Stadt Danzig. Die 8 hauptamtlichen Senatoren seien nicht in der Lage, die Geschäfte der Stadt ordnungsgemäß zu

führen. Der Magistrat verdiene für seinen Fleiß und seine erfolgreiche Arbeit volle Anerkennung. Bedauer sprach die Hoffnung aus, daß auch die bisher nicht übernommenen Stadträtle dem Freistaate erhalten bleiben.

Bürgermeister Dr. Reil gab eine längere Erklärung ab, aus der wir das Wichtigste im folgenden wiedergeben:

Die Frage, wie bei Verfallung der Stadtgemeinde Danzig in Zukunft fortgeführt werden soll, kann Ihnen vom Magistrat heute nicht bestimmt beantwortet werden. Sie wissen ja, daß hierüber nicht der Magistrat zu bestimmen hat, sondern daß die Entscheidung beim Senat und beim Volkstage liegt, soweit diese nicht durch die Verfassung gebunden sind.

Augenblicklich befinden wir uns befanntlich in dem Entwicklungsstadium, den die Verfassung in ihrem letzten Satz (Art. 118 Absatz 3) mit den Worten bezeichnet: „Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Stadt Danzig bleiben bis zur Übernahme der Geschäfte durch die Stadtbürgerschaft und den Senat bestehen“. Wir haben also noch unsere alte städtische Verfassung. Für diese und für die städtischen Körperschaften ist aber ein Ende schon vorzusehen. Wann dieses Ende eintreten wird, ist augenblicklich noch unbestimmt.

Dieser Zustand der Unarbeitsfähigkeit wirkt auf die städtische Verwaltung lähmend und lähmend. Mehrere besoldete Magistratsmitarbeiter haben anderweitige Wirkungskreise gesucht und zum Teil schon gefunden.

Nach der Verfassung ist der Senat befugt, die Geschäfte des Magistrats zu übernehmen. Darüber dürfte jedoch Ginstigkeit herrschen, daß er diese ganzen Geschäfte auf absehbare Zeit nicht selbst zu übernehmen vermag. Wie schon Herr Janßen hervorhob, haben von 14 besoldeten Magistratsmitarbeitern, welche die Hauptlast der städtischen Verwaltung zu tragen haben, nur 8 besoldete Mitarbeiter den Senat übernommen und diese sind mit der Beschaffung für den Freistaat, mit den Verhandlungen über Verträge und mit anderen Aufgaben so schwer belastet, daß sie unendlich noch die Hilfe der städtischen Geschäfte bewältigen können. Dazu kommt, daß unter den Mitarbeitern des Senats nur vereinzelte Personen vorhanden sind, die bisher mit städtischen Angelegenheiten zu tun hatten, und nach welcher Person, welche die städtische Verwaltung Danzig kennen. Ich weiß nicht, ob man sich dies in aller betriebl. Arbeit mit den Schwierigkeiten der Übernahme bereits leisten kann, eine Lösung zu finden. Wir sind aber leider zu der Überzeugung gekommen, daß ein Weg, auf dem die Interessen der alten Stadt Danzig und damit auch des Freistaats auch nur einigermaßen bewahrt werden, trotz aller Bemühungen bisher nicht gefunden ist. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, zu erklären: Die Aufgabe kann nur gelöst werden unter ausschließlicher Ausübung von Personen, welche die städtische Verwaltung Danzig genau kennen. Deshalb würden wir es für nicht nur empfehlenswert, sondern sogar für dringend erforderlich halten, daß der Senat, bevor ein entscheidender Schritt geschieht, von dem Magistrat ein Gutachten über das vom Senat oder vom Volkstage beschlossene einfordert. Deshalb findet der heute hier zur Volksaufstellung vorliegende Antrag durchaus unsere Zustimmung.

Wie schwierig die zu lösende Frage ist, möchte ich durch kurze Bemerkungen zu den bisher geäußerten Ansichten darlegen, wobei ich betone, daß es sich zunächst immer nur um die Ansichten einzelner Personen handelt.

Abbau der städtischen Verwaltung.

Man hat gesagt, wenn auch der Senat zurzeit nicht imstande ist, die ganzen städtischen Geschäfte zu übernehmen, so sind doch einzelne Senatoren schon jetzt in der Lage und gewillt, Teile der städtischen Verwaltung zu übernehmen und gemeinsam mit der Staatsverwaltung zu bearbeiten.

Wir haben letzteres teilweise anerkannt und betont, daß eine solche Vereinigung an Stellen, an denen sie möglich sei, auch schon bestünde. So werden bei der Schulverwaltung städtische und staatliche Aufgaben in denselben Geschäftsstellen und unter denselben Direktoren bearbeitet. Dagegen halten wir es, solange der Magistrat besteht, nicht für angelegentlich, daß Senatoren, die nicht Magistratsmitglieder sind, ganze Zweige der städtischen Verwaltung bearbeiten, ohne daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dabei mitzureden haben.

Ein anderer Plan ging dahin, Komittees einzurichten, von denen ein Teil ausschließlich Gemeindeaufgaben der Stadt Danzig, ein anderer Teil sowohl staatliche als Gemeindeaufgaben bearbeiten sollte. Auch hier fehlte das Band, daß nach unserer Ansicht wenigstens die hauptsächlichsten Zweige der städtischen Verwaltung auch in Zukunft zusammenhalten muß. An der Spitze des Komitees steht der Satz: „Die Stadt Danzig ist eine selbständige Gemeinde des Staates mit eigenem Vermögen.“ Es wird also die Selbständigkeit der Stadt Danzig ausdrücklich anerkannt. Wenn nun die Verfassung fortfährt: „Die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig gelten als Angelegenheiten des Staates und werden vom Senat und Volkstag geleitet“, so ist damit auch nach unserer Ansicht nicht gesagt, daß sie mit Staatsangelegenheiten verquillt werden dürfen.

Vielleicht würde noch am einfachsten die schwierige Aufgabe aufgrund der Verfassung gelöst werden können, wenn ein

einheitliches Amt der Stadt Danzig

mit den erforderlichen Unterabteilungen für die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten errichtet würde. Ein anderer Vorschlag ging dahin, der Stadt Danzig nur die Angelegenheiten von lediglich örtlicher Bedeutung zu überlassen. Die Stadtbürgerschaft dürfte von denen, die sie vorschlagen, anders geachtet gewesen sein, als hier in Aussicht genommen war.

Noch ein Plan ist aufgetaucht: Der Stadtbürgerschaft auch die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu geben. Das widerspricht der Verfassung. Sie sagt: „Zur Beschlussfassung über Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig wird vom Volkstag aus seiner Mitte und aus andern Angehörigen der Stadt Danzig eine Stadtbürgerschaft gewählt. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeit regelt ein besonderes Gesetz.“ Die Stadtbürgerschaft soll also die beschließende Behörde sein, sie tritt an die Stelle der bisherigen Stadtverordnetenversammlung. Wir halten auch dies nicht für zulässig. Auch die Verfassung sieht dies als einen Akt an: „Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Stadt Danzig bleiben bis zur Übernahme der Geschäfte durch die Stadtbürgerschaft und den Senat bestehen.“ Daß der Senat eine Zeitlang mit der Stadtverordnetenversammlung arbeitet, ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Die Schwierigkeiten, die sich einer genügenden Wahrnehmung der Interessen der alten Stadt Danzig entgegenstellen, werden noch dadurch vergrößert.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Grille“

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor, Tel. 1777.

Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

Er hielt sie an derselben Tür. „Gott, aber deine Mutter wird da wohl schon über's erste Verwundern hinaus sein, daß sie kein Aufhebens und kein Getöse macht, wann ich komme?“

„Mein' Mutter wundern sich überhaupt nicht bald über was.“

„Weil sie halt a g'schidn' Weib is.“

„Ja, in Sachen, wozu d' kein Verstand brauchst.“

„Et, du mein', seufzte besorgt der Burche, „mir scheint gar, ihr habt euch zertragen.“

„Is kommt öfter vor; aber sorg' nit, tu ich auch selten, wie sie will, so tut sie doch meist, wie ich will. Kommt nur. Guck! Wie's aber kalt is, ich mach', daß ich heimfind. Behüt' dich, Toni.“

Sie ließ von dem Burchen weg, und der blidte ihr, sich in den Hüften wiegend nach, so lange er noch einen Zipfel ihres Gewandes im Winde flattern sah.

In der letzten Hütte war das Licht erloschen. Die alte Zinsbofer lag des Schlafes gewärtig, da trippelte Helene an deren Bett heran und setzte sich an den Rand des Bettes zu Füßen der Mutter.

„Ich hätt' dir was zu sagen.“

„Was das heut' noch sein?“, murzte die Alte.

„Weil ich jüt die Kuratsch' dazu hab', müßt' ich's mit e-j' ichieh'n.“

„Mach was Saubers sein, was du zu sagen a Kuratsch' brauchst!“

„Wirst's ja hören.“

„Na, so mach' schnell, brich mir nit vom Schlaf ab mit deine Quatschen.“

„Nebe morgen, wenn's finstert, werd'n wir ein'n Besuch krieg'n.“

„Was für'n?“

„In Toni vom Sternsteinhof.“

„In Toni vom Sternsteinhof? Was will uns der?“

Die Dorn sicherte verlegen und spielte an der Bettdecke. „Wie du fragen magst!“ flüster sie. „Gern hat er mich halt.“

„So, daß is freilich 's Neut'el! Wann du aber glaubst, ich würd' da ruhig zuschau'n, und mich etwa gar nit getraut'n, dem Kub' die Dr' zwacken, weil er der Sohn vom Sternsteinhofbauer

is, und mich da so wenig einmengen, wie ich mich wegen 'm Aleebindeber Müderl' einmengen hab, da dürstest dich doch irren! Du was dann eigentlich, du warum's Ding, gestehst mir doch ein? Um mein' Mut' is dir doch nit, dem halt nie nachgefragt, hast allweil getan, wie du woll'n hast, und konnt's halt auch, wann dir just an so einer Rechtschast für's gacke (kurze) Glück gelegen is, nur verlauden darf nit davon; aber unter mein' Augen laß' ich dich nit die Genu' mit zwei Sahnen spiel'n, daß du nachher, wann du allein af'm Mist bleibst, leicht mit vor'n Leuten die Schuld gibst? Ah, nein!“

„Ich denk', ich war da doch g'scheidter, als mich die Mutter halt'. Du dankst Gott, wann ich dich af dem Mist, worauf ich z' sitzen komm, auch deinschündel scharren laß'. Will er mich, so kann er mich nur als Säurin af'm Sternsteinhof haben, und das will er.“

„Du Narr, du, af so Reden gibst du was!“

„Da is nit von Reden die Red', das hab' ich schriftlich.“

Schriftlich? Die Alte erhob sich mit einem Ruck und setzte sich im Bette auf. „Schriftlich sagst? Jesu, nein! Das wüßt' mir vorweisen, wann ich dir glauben soll! Was' nur gleich Licht!“

Der Docht flammte auf. Beide Weiber sahen aneinander geschmiegt an dem Tische, der nächsterne Arm der Alten ruhte auf der Schulter der Jungen, so buchstabenklar sie zusammen das Schriftstück. Dann mußte die Dorn erzählen, wie sie mit dem Burchen befannt geworden.

Die Zinsbofer schlug öfter vor Erlaunen in die Hände. „Nein, nein, bist du aber eine G'finkelte“, rief sie, „das hätt' ich gar nie mal in dir vermut'!“

Nun unterrichtete Helene ihre Mutter von den Verabredungen, die getroffen waren, um vor Toni's Vater die Sache h3 zur „schick-samen Gelegenheit“ geheim zu halten, und forderte zur Vorsicht auf.

„Et' beiß ich mir die Zung' ab, eh' ich ein unbedacht' Wort sag'; da d'rauf könnt' ihr euch verlassen“, beteuerte die Alte. „Kannst dich aberhaupt in W'm und Jed'm af mich verlassen; bist ja mein' bear's, g'scheidt's Kind!“ Sie lächelte zärtlich den vollen Nacken der Dorn, dann fuhr sie fort: „Ich muß nur lachen, wann ich mit vorstell', was seinzeit wohl die Aleebindeberischen für Gefächter dazu machen werden! Wir war'n uns nie Freund und ich bergem's

ihnen, daß sie nachher voll Gift und Reid 'm auskommen Vogel da hinaus nachschau'n können, wo er z'best' isht, af'm Sternsteinhof.“

Und nun begannen beide eifrig zu schwätzen, zählten die Annehmlichkeiten des „Reißes“ auf, plauten, wie sie sich in selbem wollten behagen lassen und wurden es nicht müde bis gegen Morgengrauen; da sank das Regenstumpfen verblühdend in dem Leuchter und sie saßen im fahlen Zwielichte.

Der Winter kam mit aller Strenge ins Land.

Wenn die gefrorene Erde unter der Sohle knigt, so braucht, wer auf verrostenen Wegen geht, nur lachter aufzutreten, um nicht gehbt zu werden; ein Knebel ist in dem Falle freilich der Schnee, denn der behält die Tritte auf mit allen Schuhnägelspuren und verrät, woher sie kamen und wohin sie gingen.

Die alte Aleebindeberin schüttelte öfter den Kopf, wenn sie an manchem frühen Morgen den Schnee, der über Nacht gefallen war, vor der Zinsboferischen Hütte rein, gegen den Bach zu, weggefegt sah, während er andere Male dort Tage über gut liegen hatte, oder sie dachte nicht's Arges; derlei Wunderlichkeiten bestätigten nur, was ihr seit langem für ausgemacht galt, daß es in den Köpfen der Nachbarsleute nicht ganz richtig sei.

Auch die alte Kattel auf dem Sternsteinhofe schüttelte den Kopf, aber sie dachte dabei Arges und eines Tages nahm sie sich das Herz und zog den Bauer zur Seite und fragte:

„Wirst' mir's nit übel nehmen, wann ich dir was sag'?“

„Kommt darauf an, was's sein wird“, entgegnete er. „Red'! Ehr' Hebelnehmen kann mer doch nit zur Voraus' einseh'n.“

„Dein Sohn soll's mit einer von da unken halten.“

„So? Adant' ja sein. Raß' ihm die Kreuz!“

„Aber bedenkt' denn auch? 's is doch löndhaft.“

„Daß dir was sagen. Da heroben af mein' Hof schau' ich af

Zucht und Ehrbarkeit, wie mir zukommt, und unter mein' Augen leib' ich kein' Lotterei und kein' schandbar'n Verkehr; aber für das, was sich etwa ein's auswärts hinter mein' Rücken begeben laßt, hab ich nit auf'skommen! Mag's Ansch' oder Dorn, oder mein' leiblicher Sohn sein, 's is dann jed'm sein' eigene Sach' und demegen mag er sich auch abfinden, mit ihm selber, mit'm andern, was nitfällt und mit'm Reichvater.“ (Fortsetzung folgt)

Kommunistisches Freispiel mit Arbeiterblut.

Wie die „Rote Zeitung“ meldet, sind die Mannfelder Arbeiter auf Berliner kommunistische Weisung hin ohne Zustimmung in den Streik getreten. Der „Vorwärts“ führt die Streiktheorie der Kommunisten auf einen Moskauer Befehl zurück. Das Blatt schreibt: Moskau brauche Reichen. Die U. S. S. R. hat den Befehl des Spezialkomitees, in den nächsten Tagen oder Wochen blutige Zusammenstöße in Deutschland herbeizuführen. Durch glückliche Geschehnisse wie durch fortgesetzte Kämpfe zur Bewaffnung suchen die Kommunisten einen Will der Regierung zu erlangen, um mit Protesten den Kampf anzufangen zu können. Auf diese Weise gelangen sie zu dem erwähnten Blutergüssen. Das Blatt warnt die Arbeiter, sich zu solchen furchtbaren Spielen herzugeben. Auch die „Freiheit“ schreibt, daß die Kommunisten auf Druck von außen hin handeln und rufen die Arbeiter zu: Laßt euch nicht provozieren!

Witterungsbedingungen aus Halle zufolge, behnt sich der Generalstreik im Mannfelder Bergbau andauernd weiter aus. Die Arbeiter und die Reichsbahnarbeiter beschließen sich, die Revolver zu beruhigen, und bieten sich als Vermittler zwischen den Streikenden und den Behörden an.

Halle (Saale), 22. März. Der von den Kommunisten propagierte Generalstreik im Industriegebiet ist noch nicht vollständig. Zwar haben die Mannfelder Arbeiter in den zahlreichen Betrieben den Streik begonnen, doch ist in den Zentralen Halle-Bezirk und dessen Vorläufer keine Zustimmung für den Streik vorhanden. Die Einstellung der Versorgung mit elektrischem Strom, die wie gestern ein Gerücht mißtrauen mochte, in Aussicht gestellt war, hat sich bisher noch nicht bestätigt.

Freilassung des Berliner Kommunistenführers Friesland.

Berlin, 23. März. Der gestern von der Kriminalpolizei verhaftete Leiter der Berliner Organisation der kommunistischen Partei Friesland ist aus der Haft entlassen worden. Seine Verhaftung stand mit den Vorgängen in Mitteldeutschland in keinem ursächlichen Zusammenhang. Er war vielmehr verhaftet worden, weil er mit einem in München verurteilten Kommunisten für identisch gehalten worden war. Dieses hat sich als ein Irrtum herausgestellt.

Kommunistische Lockspiegelarbeit.

Bei häufiger Gelegenheit hat die Schreibweise der kommunistischen Presse zu verfolgen — mag es sich um das Berliner kommunistische Zentralorgan „Die Rote Fahne“ oder das Danziger „Freie Volk“ handeln —, wird sich immer seltener des Eindrucks erwehren können, daß hier Lockspiegelarbeit am Werke ist, um die Arbeiterklasse zu den gefährlichsten Unbesonnenheiten fortzureißen und gewissermaßen Abwehrmaßnahmen zu provozieren, damit das Feuer der kommunistischen Agitation mit Proletariatsblut gesättigt werden könne. Die Erfahrung ist ja schon oft genug gemacht worden, daß die Drahtzieher bei allen durch ihre Hege veranlaßten Unruhen stets höchst im sicheren Versteck bleiben und sich die Hände reinen, wenn wieder einmal Arbeiterblut fließt, das ihrer verworrenen Demagogie als schreiende Reklame dienen kann. Nachdem kürzlich ein Aufruf der „Roten Fahne“ zur Bewaffnung des (Lumpen-) Proletariats beschlaggenommen worden war, wiederholte das Blatt den gleichen Aufruf in seiner folgenden Nummer in verschärfter Form. In diesen Propagandaaktionen steckt ein geradezu verbrecherisches System. Dasselbe gilt von der kommunistischen Streiktheorie im Mannfelder Bergbaurevier für die das Einschreiten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Hörting gegen das zunehmende Landstreicherei- und Handlentenwesen zum Vorwand genommen worden ist. Die gefährliche Tendenz dieser Streiktheorie geht ganz deutlich aus den Ausführungen hervor, die „Das freie Volk“ am vorigen Freitag dazu gemacht hat. Da wird an „die schwere Faust der Arbeiterschaft“ appelliert, der „unmittelbare Kampf der proletarischen Massen“ an Stelle bisher Demonstrationen gefordert und pathetisch verkündet: „Das Proletariat muß die anmarschierenden Banden zerschmettern.“

Die Konsequenz solchen ausgebliebenen Schwadronierens könnte, besonders bei der verschwindend geringen und seit den letzten Wahlen noch immer mehr zurückgehenden Zahl der Anhänger der Kommunisten, nur der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken und Grauseln sein, der schließlich zu einer Militärdiktatur und einer nie wieder gut zu machenden Schädigung der Arbeiterbewegung führen müßte. Mancher naive Teufel wird ja vielleicht aus Verzweiflung über das gegenwärtige Weltbild geneigt sein, sich durch die kommunistische Lockspiegelarbeit zu unüberlegten Ausschreitungen aufspielen zu lassen. Aber das leichtfertige Spiel mit Menschenleben hat nachgerade lange genug gedauert, und wer sich nur noch eine Spur von nächsterer Einsicht und Verantwortungsbewußtsein bewahrt hat, wird sich deshalb von dem kommunistischen Phrasenjärm nicht betäuben lassen.

Ein Zeitungsverbot im neubefestigten Gebiet.

Unser Duisburger Parteiorgan, die „Volkstimme“, ist von der Besatzungsbehörde auf zehn Tage verboten worden. Ueber die Gründe dieser Maßnahme ist hier nichts bekannt geworden. Da aber gerade die „Volkstimme“, wie wir aus eigener Anschauung wissen, stets für Verständigung und Mäßigung eingetreten, allerdings auch vor einer wohl begründeten Kritik der Gewaltmaßnahmen der Militärs nicht zurückgeschreckt ist, so erhellt aus diesem Beispiel am deutlichsten, daß der französische Militarismus gerade in der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Presse ihren gefährlichsten Gegner erkannt hat.

Das englische National Peace Council zu den Londoner Beschlüssen.

Das National Peace Council, der Zentralorganisation aller englischen Friedensgesellschaften, ist der Deutschen Friedensgesellschaft ein Schreiben gegangen, in dem die grundsätzliche Zustimmung der Weichschelmung des Council zu der von der Deutschen Friedensgesellschaft veröffentlichten Kundgebung ausgesprochen wird. Die Veröffentlichung des Council hat eine Zustimmung über die grundsätzliche Haltung im folgenden Text hervorgehoben:

Die Parteien zu der Verfassungsänderung.

27. Sitzung des Danziger Volkstages

Dienstag, den 23. März 1921.

Präsident Matthei eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Zunächst geben die Fraktionen

Erklärungen zu dem Verlangen des Völkerbundes auf Abänderung der Verfassung ab.

Entscheidung Ablehnung durch die Deutschnationalen.

Hg. Schwegmann erklärt namens der Deutschnationalen Fraktion u. a., daß die Verfassung der Freien Stadt Danzig gemäß Beschluß des Völkerbundes vom 17. November 1920, nachdem sie durch die ordnungsmäßig bestimmten Vertreter der Freien Stadt Danzig ausgearbeitet ist, unter die Garantie des Völkerbundes gestellt worden und damit in Kraft getreten sei. Lediglich die in diesem Beschlusse des Völkerbundes vom 17. November erwähnten Abänderungen unterliegen noch der Erörterung.

Wenn darüber hinaus der Völkerbund das Recht für sich in Anspruch nimmt, jederzeit Veränderungen in der Verfassung zu verlangen, so müßte einer derartigen Auffassung entschieden widersprochen werden. Ein derartiges Verlangen bedeute einen völlig unzulässigen Eingriff in die Selbständigkeit und Hoheit des Danziger Staates, den wir grundsätzlich zurückweisen müssen. Die Verfassung kann nur gemäß § 48 der Verfassung, die der Völkerbund garantiert hat, durch Beschluß des Volkstages und des Senats geändert werden. Zu diesen Beschlüssen ist die Genehmigung des Völkerbundes einzuholen. Ein selbständiges Recht des Völkerbundes, die Änderung der Verfassung zu verlangen, ist nirgends gegeben. Wir möchten annehmen, daß diesen Standpunkt auch diejenigen Parteien teilen müssen, die manchen Bestimmungen der Danziger Verfassung ablehnend gegenüberstehen. Denn ich nehme an, daß Sie alle die Selbständigkeit Danzigs verteidigen wollen. Meine Herren von der Linken, die Sache könnte auch gegen Sie ausfallen. Wir beantragen Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

Die „Sorgen“ der Deutschen Partei.

Hg. v. Schröter erklärt, daß der Beschluß des Rates des Völkerbundes die Fraktion der Deutschen Partei mit schweren Sorgen erfüllt habe, weil er geeignet erscheint, unsere staatliche und wirtschaftliche Aufarbeit erneut schweren Erschütterungen auszusetzen. In formeller Beziehung wird man dem Völkerbund für berechtigt halten müssen, die Ansichten der Parteien des Volkstages zu den ihm bedenklich erscheinenden Punkten der Verfassung zu hören. Wir werden diesem Wunsche nachkommen und unsere Ansichten darlegen, schlagen aber zunächst eine Besprechung im Ausschuss vor und bitten, die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß zu überweisen.

Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion

verliest Genosse Gehl wie nachstehend:
Auf Veranlassung des Völkerbundes hat das hohe Haus jetzt Stellung zu nehmen zu einem vom Völkerbundrat genehmigten Bericht des japanischen Vertreters beim Völkerbundrat über die von der Mehrheit des Hauses beschlossene Verfassung der Freien Stadt Danzig.

Es handelt sich in der Hauptsache darum:

1. die Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren von 12 auf 4 Jahre herabzusetzen,
2. diese Senatoren dem Parlament und dem Volke verantwortlich zu machen, und
3. um das Verlangen des Völkerbundes nach jederzeitiger weiterer Änderung der Verfassung.

Der Völkerbundrat fordert diese Änderungen, weil er in den jetzigen Bestimmungen der Verfassung über den Senat keine Garantie einer friedlichen und gesicherten Lage Danzigs bilden kann. Das sind klatschende Ohrfeigen, die die bürgerliche Mehrheit dieses Hauses für ihr Verhalten bei den Beratungen der Verfassung jetzt vom Völkerbundrat erhalten hat. Die sozialdemokratische Fraktion gönnt der Mehrheit diese Prügel, denn sie hat sie reichlich verdient.

Durch die von der Mehrheit beschlossenen Bestimmungen über den Senat hat sie mit voller Absicht rund 40 Prozent der Danziger arbeitenden Bevölkerung einschließlich der gesamten polnisch sprechenden Teile von der Regierung, also dem Senat, ausgeschlossen.

Daß dieses Verhalten keine guten Früchte zeitigen würde, hat die sozialdemokratische Fraktion vorausgesehen. Die Mehrheit lehnte sich nicht daran und muß nunmehr auf Befehl einer höheren Gewalt in eine Revision der Verfassung eintreten.

Die sozialdemokratische Fraktion forderte unabhängig einen aus wenigen Senatoren bestehenden, dem Volke und dem Parlament verantwortlichen Senat. Die bürgerliche Blokmehrheit lehnt diese demokratische Forderung ab. Die bisherigen Bestimmungen der Verfassung über den Senat sind die Früchte dieser betrieblenen und gegen weite Kreise der Danziger Bevölkerung gerichteten Blokkpolitik, die dem Völkerbundrat jetzt Veranlassung zum Einschreiten gibt.

So sehr die sozialdemokratische Fraktion für die Selbständigkeit aller Völker, insbesondere für die Selbständigkeit Danzigs, eintritt, begrüßt sie in diesem Falle das Eingreifen des Völkerbundes zugunsten der Demokratie und einer

parlamentarischen Regierung der Freien Stadt Danzig, weil nur durch diese eine Garantie für eine friedliche Entwicklung Danzigs gewährleistet werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist weiter der Meinung, daß nach Genehmigung der Verfassung durch den Völkerbund ihre Forderung nur auf dem vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Wege zustande kommen kann.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich bemühen, im Ausschuss ihre allen Forderungen, die der Völkerbundrat angenommen und deren Verankerung in der Verfassung fordert durchzusetzen.

Bei dieser Gelegenheit soll nicht die Bemerkung unterbleiben dürfen, daß der Völkerbund sich leider nur in politischer Beziehung um das Geschick der Freien Stadt Danzig bekümmert, dagegen aber

die wirtschaftliche Not der Bevölkerung

in Bezug auf Versorgung mit Lebensmitteln, Arbeitsgelegenheiten, Behebung der Wohnungsnot u. dergl. mehr völlig übersehen. Die sozialdemokratische Fraktion erinnert den Völkerbundrat als Schutzherrn Danzigs deshalb an seine Verpflichtungen gegenüber der Freien Stadt Danzig in wirtschaftlicher Beziehung.

Die Erklärung wird bei ihrer Verlesung von der Linken oft von Zustimmungslundgebungen unterbrochen. Die Rechte begleitet den Satz, daß das Eingreifen des Völkerbundes in diesem Falle begrüßt würde, mit lebhaften Hörschreien. Zum letzten Passus, daß sich der Völkerbund lieber um die wirtschaftliche Notlage des Freistaates und seiner Bevölkerung kümmern möchte, hört man auch aus der Mitte Zustimmungsrufe. Zum Schluß setzt auf der Linken lebhafter Beifall ein.

Das Zentrum gegen die parlamentarische Demokratie.

Hg. Speltz meint im Namen der Zentrumsfraktion, daß der Völkerbund bei näherer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse des Freistaates erfahren haben würde, daß das rein parlamentarische System und die rein parlamentarische Regierungsform, in Zweigstaaten, wie der Freistaat Danzig, zu gerade unheilvollen Folgen führen müßte. (Guh-Guh-Rufe links!) Er hält es auch für unzulässig, bei einer parlamentarischen Verantwortung tüchtige Leute zur Leitung des Staates zu finden. Dem ersten Versuch des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung müsse ein entschiedenes Nein entgegengesetzt werden.

Die Kommunisten für das demokratische Prinzip.

Hg. Kahn ist namens der kommunistischen Fraktion der Ansicht, daß die Verfassung nach nicht vom Völkerbund garantiert worden sei. Er habe mit seinen Freunden bei der Beratung der Verfassung versucht, möglichst das demokratische Prinzip in der Verfassung zu verankern und eine parlamentarische Regierung zu schaffen. Wir haben damals die Hoffnung nicht ausgegeben, daß die im Völkerbunde stehenden Persönlichkeiten, die eine andere Auffassung von dem Wesen der Demokratie haben als die sehrzeit im Laufe stehenden Männer, letzten Endes diese Bestimmungen beanstanden würden. Wir haben auf den Völkerbund und auf die in Frage kommenden Personen eingewirkt, diese Bestimmungen nicht anzuerkennen, und haben letzten unsere Freude Ausdruck gegeben, als die Stellungnahme des Völkerbundes bekannt wurde. Im selben Atemzuge bedauert Kahn jedoch, daß wir nicht die Macht dazu hätten, dem Völkerbunde als eine Institution imperialistischer Mächte die Zähne zu zeigen, um das Bestreben, in unsere Verhältnisse einzugreifen, zurückzuweisen. Die Kommunisten wären die ersten, die das tun würden. Dann behauptet Kahn wieder, trotz dieser Absicht dem Völkerbund die Zähne zu zeigen, daß die ablehnende Stellungnahme des Bürgerblocks der Bevölkerung des Freistaates wesentlich schaden würde. (Kommunistische Konsequenz. D. Red.)

Hg. Pittner erklärt namens der Unabhängigen, daß die U.S.P. mit der vom Völkerbund geforderten Abänderung der Verfassung einverstanden wäre, wenngleich sie das Recht des Völkerbundes, die Verfassung zu ändern, nicht anerkennen können. In den gegenwärtigen Zeitläuften sei eine der Volksoberleitung verantwortliche und

parlamentarische Regierung unbedingte Notwendigkeit.

um die dem jungen Staatswesen gestellten Fragen zu lösen. Die unabhängigen Sozialisten wären bei dem Konstituierungssatz des Freistaates sich aber bewußt, daß die angebotene Staatsform durchaus nicht den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung trage und daß die Arbeiterschaft nur in schärfsten politischen Kämpfen sich ihre Freiheit selbst erringen könne.

Dasselbe Einverständnis der Polen.

Hg. Kuback (Pol.) erklärt, daß die polnische Fraktion mit den durch den Rat des Völkerbundes vorgeschlagenen Änderungen einverstanden ist und beantragt, daß die Amtsdauer der Senatoren im Hauptamt der Wahlperiode des Volkstages zu entsprechen hat, daß die Senatoren im Hauptamt das Vertrauen des Volkstages besitzen müssen und daß dem Völkerbunde jederzeit das Recht zustehe, Änderungen der Verfassung vorzunehmen. (Hört, hört! links.) Weiteres ergäbe sich aus dem Begriff der Gewährleistung der Verfassung durch den Völkerbund laut Friedensvertrag.

Die Fortsetzung des Berichtes können wir für einen Teil der Aufgabe leider erst in der morgigen Ausgabe bringen. Es handelt sich um die 3. Beratung über die Senatorengedächtnis, die die Annahme der Vorlage mit 56 gegen 30 Stimmen ergab. Anschließend entwickelte sich eine längere Aussprache über die Umstellung der Gewerkschaft. Hierbei leisteten sich die Kommunisten zur stillen Freude der Bürgerlichen eine außerordentliche Hejze gegen die Betriebsarbeiterräte.

die auch in der englischen Presse veröffentlicht sind, niedergelegt:
1. Die Einzelmaßnahmen der Verbündeten sind ein fester Bruch des Einverständnisses.
2. Die plötzliche Vorkaufnahme von Verhandlungen der Kriegführung trägt nicht zu einer Lösung des Problems bei, sondern vermindert die erwartete Friedensgewinnung und verflüchtigt alle die Arbeit, unter denen Europa leidet.
3. Der Vorstoß von Frankreich für eine lange Reihe von Jahren eine schwere Strafgeldzahlung einzufordern ist nicht als gemeinsame und gerechte Maßnahme des Völkerbundes und der Verbündeten anzusehen, sondern als einseitige und egoistische Forderung.

4. Die Verbündeten sollten zurückkehren zu den Bedingungen des Waffenstillstandes, für die sie ihr Wort verpfändet haben, und nur für den der Zivildemokratie angefügten Schaden Wiedergutmachung fordern. Das wäre ein augenscheinliches Opfer bedeuten, aber es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es den Streit beendet und eine Aussicht auf wirtschaftliche Erholung gewähren wird, von der alle Gewinn beziehen werden.
Die Geschlossenheit bringt deshalb darauf, daß Verhandlungen wieder aufgenommen, unbedingt, nicht zu rechtfertigende Forderungen stellen gelassen werden, und daß man sich in jeder Weise eine Lösung zum Verständigung herbeizuführen.

Die Umstellung der städtischen Verwaltung.

Aufhebung der Höchstpreise für Fleisch am 31. März.

Stadtverordneten-Sitzung vom 22. März 1921.

Stadt. Warg (Dt. V.) hat sein Amt niedergelegt. Die beiden nächsten Nachfolger auf der Vorschlagsliste haben abgesehen. Der nächstfolgende, Ermisch, war eingeladen, aber nicht erschienen. Eine Anfrage verschiedener Stadtverordneten beschäftigte sich mit den

fehlerhaften Gasmessern und Elektrizitätszählern.

Stadt. Frau v. Korytsch (Dt. V.) wies darauf hin, daß verschiedene Zähler trotz verschiedenen Verbrauchs in den einzelnen Perioden stets die gleichen Angaben machen.

Direktor Fuchs antwortete, daß in Danzig 11 000 Elektrizitätszähler und 40 000 Gasmesser in Tätigkeit sind. Eine Prüfung vieler Apparate ergab 5 Prozent falschmeldende Zähler, die meistens während des Krieges aus Ersatzmaterial hergestellt waren. Derartige Apparate werden jetzt umgebaut.

Die Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie Krenzgasse-Fischmarkt-Hauptbahnhof

wurde vom Stadtd. Winter (Dt. V.) gefordert. Das Fehlen dieser Linie werde von vielen Arbeitern und Gewerbetreibenden als schwerer Mangel empfunden, zumal viele städtische Bureaus in die Kasernen dieses Stadtviertels verlegt wurden. Am Interesse der Kleinbahnreisenden sei auch die Wiedereröffnung der Linie Wertberlin erforderlich.

Stadtrat Dr. Overl regte Verhandlungen des Verkehrsbaus-ausschusses mit der Verwaltung der Straßenbahn an.

Stadt. Fabel (Dt. V.) vertrat die Ansicht, daß der Straßenbahn-Verkehr nach Langfuhr auf Kosten der übrigen Stadtteile bevorzugt wird. Auch möge man für besondere Jahrgesamtheit schaffen.

Stadt. Rohde (Dt. V.) erklärte die Betriebsbeschränkungen für berechtigt, solange eine Kohlennot bestand. Seit 2 Monaten bestehe eine solche nicht mehr. Mehrere Wünsche eine Verbesserung des Verkehrs auf der Strecke Neufahrwasser-Prösen.

Stadt. Genosse Lehrenb betonte, daß die Straßenbahn schon seit jeher ein Schmerzenskind war. Man hätte den Uebelstand schon längst durch Komunalisierung beseitigen können. Die Wiedereröffnung der Linie Krenzgasse-Fischmarkt sei notwendig im Hinblick auf die zahlreichen Kriegsschädigten der Danziger Werkf. Genosse Lehrenb fragte an, wann seiner Anregung, an den Endstellen der Straßenbahn an der Neibahn und am General-Kommando W a r t e h a l l e u einzurichten, Folge gegeben werde.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete eine Anfrage von Stadtverordneten, betreffend die

Fortführung und Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Zugleich lag ein Antrag vor, einen Ausschuss von 3 Stadtverordneten zu wählen, der mit Vertretern des Magistrats und dem Senat das Gesetz betr. die Übernahme der Stadtverwaltung durch den Freistaat prüft.

Stadt. Jansson (Dt. V.) bedauerte die Beseitigung der Selbstverwaltung der Stadt Danzig. Die 8 hauptamtlichen Senatoren seien nicht in der Lage, die Geschäfte der Stadt ordnungsgemäß zu

führen. Der Magistrat verdiene für seinen Fleiß und seine erfolgreiche Arbeit volle Anerkennung. Redner sprach die Hoffnung aus, daß auch die bisher nicht übernommenen Stadträtle dem Freistaate erhalten bleiben.

Bürgermeister Dr. Doll gab eine längere Erklärung ab, aus der wir das Wichtigste im folgenden wiedergeben:

Die Frage, wie bei Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig in Zukunft fortgeführt werden soll, kann Ihnen vom Magistrat heute nicht bestimmt beantwortet werden. Sie wissen ja, daß hierüber nicht der Magistrat zu bestimmen hat, sondern daß die Entscheidung beim Senat und beim Volkstage liegt, soweit diese nicht durch die Verfassung gebunden sind.

Augenblicklich befinden wir uns befaßtlich in dem Entwicklungsstadium, den die Verfassung in ihrem letzten Satz (Art. 116 Absatz 3) mit den Worten bezeichnet: „Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Stadt Danzig bleiben bis zur Übernahme der Geschäfte durch die Stadtbürgerchaft und den Senat bestehen“. Wir haben also noch unsere alte städtische Verfassung. Für diese und für die städtischen Körperschaften ist aber ein Ende schon vorzusehen. Wann dieses Ende eintreten wird, ist augenblicklich noch unbestimmt.

Dieser Zustand der Ungewissheit wirkt auf die städtische Verwaltung lähmend und verflüchtend. Mehrere befohlene Magistratsmitglieder haben anderweitige Wirkungskreise gesucht und zum Teil schon gefunden.

Nach der Verfassung ist der Senat beauftragt, die Geschäfte des Magistrats zu übernehmen. Darüber dürfte jedoch Einigkeit herrschen, daß er diese ganzen Geschäfte auf absehbare Zeit nicht selbst zu übernehmen vermag. Wie schon Herr Rauffen hervorhob, stehen den 14 befohlene Magistratsmitgliedern, welche die Hauptlast der städtischen Verwaltung zu tragen haben, nur 8 befohlene Mitglieder des Senats gegenüber und diese sind mit der Geschäfte für den Freistaat, mit den Verhandlungen über Verträge und mit anderen Aufgaben so schwer belastet, daß sie unendlich nach die Hilfe der städtischen Geschäfte hemmlich können. Dazu kommt, daß unter den Mitgliedern des Senats nur vereinzelte Personen vorhanden sind, die bisher mit städtischen Angelegenheiten zu tun hatten, und noch weniger Personen, welche die städtische Verwaltung kennen. Ich weiß nicht, ob man sich dies in aller betrieblen Anstrengung mit der Schwierigkeiten der Übernahme herbeizuführen vermögen hat. Am Senat bemüht man sich bereits seit längerer Zeit, eine Lösung zu finden. Wir sind aber leider zu der Überzeugung gekommen, daß ein Weg, auf dem die Interessen der alten Stadt Danzig und damit auch des Freistaats auch nur einigermaßen gewahrt werden, trotz aller Bemühungen bisher nicht gefunden ist. Deshalb hätten wir es für unsere Pflicht zu erklären, die Aufgabe kann nur gelöst werden unter zugehöriger Zustimmung von Personen, welche die städtische Verwaltung Danzigs genau kennen. Deshalb würden wir es für nicht nur erwünscht, sondern sogar für dringend erforderlich halten, daß der Senat, bevor ein entscheidender Schritt geschieht, von dem Magistrat ein Gutachten über das vom Senat und vom Volkstage beschlossene einfordert. Deshalb findet der heute hier zur Beschlußfassung vorliegende Antrag durchaus unsere Zustimmung.

Wie schwierig die zu lösende Frage ist, möchte ich durch kurze Bemerkungen zu den bisher geäußerten Ansichten darlegen, wobei ich betone, daß es sich zunächst immer nur um die Ansichten einzelner Personen handelt.

Abbau der städtischen Verwaltung.

Man hat gesagt, wenn auch der Senat zurzeit nicht imstande ist, die ganzen städtischen Geschäfte zu übernehmen, so sind doch einzelne Senatoren schon jetzt in der Lage und gewillt, Teile der städtischen Verwaltung zu übernehmen und gemeinsam mit der Staatsmacht zu bearbeiten.

Wir haben letzteres teilweise anerkannt und betont, daß eine solche Vereinigung an Stellen, an denen sie möglich sei, auch schon bestehe. So werden bei der Schulverwaltung städtische und staatliche Aufgaben in denselben Geschäftsstellen und unter denselben Deputierten bearbeitet. Dagegen halten wir es, solange der Magistrat besteht, nicht für angängig, daß Senatoren, die nicht Magistratsmitglieder sind, ganze Zweige der städtischen Verwaltung bearbeiten, ohne daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dabei mitzureden haben.

Ein anderer Plan ging dahin, Ämter einzurichten, von denen ein Teil ausschließlich Gemeindeaufgaben der Stadt Danzig, ein anderer Teil sowohl städtische als Gemeindeaufgaben bearbeiten sollte. Auch hier fehlte das Band, daß nach unserer Ansicht wenigstens die hauptsächlichsten Zweige der städtischen Verwaltung auch in Zukunft zusammenhalten muß. An der Spitze der städtischen Gemeinde des Staates mit eigenem Vermögen. Es wird also die Selbständigkeit der Stadt Danzig ausdrücklich anerkannt. Wenn nun die Verfassung fortführt: Die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig gelten als Angelegenheiten des Staates und werden vom Senat und Volkstag geleitet, so ist damit auch nach unserer Ansicht nicht gesagt, daß sie mit Staatsangelegenheiten verquickt werden dürfen.

Vielleicht würde noch am einfachsten die schwierige Aufgabe aufgrund der Verfassung gelöst werden können, wenn ein

einheitliches Amt der Stadt Danzig

mit den erforderlichen Unterabteilungen für die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten errichtet würde. Ein anderer Vorschlag ging dahin, der Stadt Danzig nur die Angelegenheiten von lediglich örtlicher Bedeutung zu überlassen. Die Stadtbürgerchaft dürfte von denen, die sie vorschlagen, anderl gedacht gewesen sein, als hier in Aussicht genommen war.

Noch ein Plan ist aufgetaucht: Der Stadtbürgerchaft auch die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu geben. Das widerspricht der Verfassung. Sie sagt: „Zur Beschlussfassung über Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig wird vom Volkstag aus seiner Mitte und aus andern Angehörigen der Stadt Danzig eine Stadtbürgerchaft gewählt. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeit regelt ein besonderes Gesetz.“ Die Stadtbürgerchaft soll also die beschließende Behörde sein, sie tritt an die Stelle der bisherigen Stadtverordneten-Versammlung. Wir halten auch dies nicht für zulässig. Auch die Verfassung sieht dies als einen Akt an: „Die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat der Stadt Danzig bleiben bis zur Übernahme der Geschäfte durch die Stadtbürgerchaft und den Senat bestehen.“ Daß der Senat eine Zeitlang mit der Stadtverordneten-Versammlung arbeitet, ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Die Schwierigkeiten, die sich einer genügenden Wahrnehmung der Interessen der alten Stadt Danzig entgegenstellen, werden noch dadurch vergrößert.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Grille“

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor, Tel. 1777.

Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736

Der Sternsteinhof.

Eine Fortsetzung von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

Er hielt sie an der Kehle zurück. „Wohin, aber deine Mutter wird da wohl schon über's erste Verwundern hinaus sein, daß sie kein Aufhebens und kein Getöse macht, wenn ich komm?“

„Mein Mutter wundern sich überhaupt mit bald über was.“

„Weil sie halt a g'scheid' Weib is.“

„Ja, in Sachen, wo's kein Verstand brauchst.“

„Ai, du mein, seufzte besorgt der Bursche, mir scheint gar, ihr habt euch zertragen.“

„Es kommt öfter vor; aber sorg' nit, tu ich auch selten, wie sie will, so tut sie doch meist, wie ich will. Kommt nur. Guck! Wie's aber fall is, ich mach', daß ich heimfind. Behüt' dich, Toni.“

Sie lief von dem Burschen weg, und der blickte ihr, sich in den Ärmeln wiegend nach, so lange er noch einen Zipfel ihres Gewandes an Wände klopfen sah.

In der letzten Hütte war das Licht erloschen. Die alte Zins-hofer lag des Schlafes gewärtig, da trippelte Helene an deren Bett heran und setzte sich an den Rand desselben zu Füßen der Mutter.

„Ach halt' die was zu sagen.“

„Mach' das heut' noch sein?“, murmelte die Alte.

„Weil ich jüst die Kuraid's dazu hab', mücht' ich's nit aufschub'n.“

„Mach' was Zaubers sein, was du zu sagen a Kuraid's brauchst!“

„Weil's so häßlich.“

„No, so mach' schnell, brich mir nit vom Schlaf ab mit deine Dummdreier.“

„Hebermorgen, wenn's finstert, werd'n wir ein'n Besuch krieg'n.“

„Was für'n?“

„In Toni vom Sternsteinhof.“

„In Toni vom Sternsteinhof? Was will uns der?“

Die Dira kicherte verlegen und spielte an der Bettdecke. „Wie du fragen magst!“ flüsterte sie. „Gern hat er mich halt.“

„So, daß is freilich 's Neustel! Wann du aber glaubst, ich würd' da richtig zuschau'n, und mich etwa gar nit getrau'n, dem Bub'n die Ch' stellen, weil er der Sohn vom Sternsteinhofauer

is, und mich da so wenig einmengen, wie ich mich wegen 'm Klee-binder Mutter einmengen habe, da dürstest dich doch iren! Zu was denn eigentlich, du dumme's Ding, gestehst mir dös ein? Am mein Mat is dir doch nit, dem halt nie nachgefragt, halt allweil gefas, wie du woll'n hast, und kennst's halt auch, wann dir jüst an so einer Viebschaft für's gache (kurze) Glück gelegen is, nur verlauden das nit davon; aber unter mein' Augen lag' ich dich nit die Feun' mit zwei Fahnen spiel'n, daß du nachher, wann du allein afm Mist bleibst, leicht mir vor'n Leuten die Schuld gibst? Ah, nein!“

„Ich den!, ich war da doch g'scheidet, als mich die Mutter halt'.“

„Du dankst Gott, wann ich dich af dem Mist, worauf ich j' sitzen komm, auch deinkröndel scharren laß. Will er mich, so kann er mich nur als Würin af'm Sternsteinhof haben, und das will er.“

„Du Narr, du, af so Reden die Red' du was!“

„Da is nit von Reden die Red', das hab' ich schriftlich.“

„Schriftlich?“ Die Alte erhob sich mit einem Ruck und setzte sich im Bette auf. „Schriftlich sagst? Jesus, nein! Das wücht mir vorweisen, wann ich dir glauben soll! Nach' nur gleich Licht!“

Der Todt flammte auf. Beide Weiber sahen aneinander geschmiegt an dem Tische, der lückerne Arm der Alten ruhte auf der Schulter der Jungen, so buchstabierte sie zusammen das Schriftstück. Dann mußte die Dira erzählen, wie sie mit dem Burschen bekannt geworden.

Die Zinshofer schlug öfter vor Erkennen in die Hände. „Rein, nein, bist du aber eine G'finkelte.“ rief sie, „das häit' ich gar nie-mal in dir vermut!“

Nun unterrichtete Helene ihre Mutter von den Verabredungen, die getroffen waren, um vor Toni's Vater die Sache bis zur „schid-samen Gelegenheit“ geheim zu halten, und forderte zur Vorsicht auf.

„G'heiß' ich mir die Jung' ab, eh' ich ein unbekacht' Wort sag; da d'raus könnt' ihr euch verlassen.“ beteuerte die Alte. „Kannst dich überhaupt in M'm und Jed'm af mich verlassen; bist ja mein brant, a g'scheid' Kind!“ Sie tätschelte herzlich den hollen Nacken der Dira, dann fuhr sie fort: „Ich muß nur lachen, wann ich mir vorstell', was seinzeit wohl die Kleebinderischen für Geschäfte dazu machen werden! Wir war'n uns nie Freund und ich vergd'm's

ihnen, daß sie nachher voll Gift und Reid 'm auskommenen Vogel da hinaus zuschau'n können, wo er j'hest s'ht, af'm Sternsteinhof.“

Und nun begannen beide eifrig zu schwätzen, zählten die Un-nehmlichkeiten des „Nestes“ auf, planten, wie sie flüß' in selbem wolkten behagen lassen und wurden es nicht müde bis gegen Mor-gengrauen; da sank das Kerzenflümpchen verblühdend in dem Leuchter und sie saßen im fahlen Zwielichte.

Der Winter kam mit aller Strenge ins Land.

Wenn die gefrorene Erde unter der Sohle kringt, so braucht, wer auf verrosteten Wegen geht, nur sachte aufzutreten, um nicht gehört zu werden; ein Uebel ist in dem Falle freilich der Schnee, denn der behält die Tritte auf mit allen Schuhnägelspuren und verrät, woher sie kamen und wohin sie gingen.

Die alte Kleebinderin schüttelte öfter den Kopf, wenn sie an manchem frühen Morgen den Schnee, der über Nacht gefallen war, vor der Zinshoferischen Hütte rein, gegen den Bach zu, weggefegt sah, während er andere Male dort Tage über gut liegen hatte, aber sie dachte nichts arges; derlei Wunderlichkeiten bestätigten nur, was ihr seit langem für ausgemacht galt, daß es in den Köpfen der Nachbarsleute nicht ganz richtig sei.

Auch die alte Katel auf dem Sternsteinhofe schüttelte den Kopf, aber sie dachte dabei Arges und eines Tages nahm sie sich das Herz und zog den Bauer zur Seite und fragte:

„Mist' mir's nit äbel nehmen, wann ich dir was sag?“

„Kommt darauf an, was's sein wird,“ entgegnete er. „Neb'! Für's lobelnehemer kann mer doch nit zun Voraus einste'h'n.“

„Dein Sohn soll's mit einer von da unten halten.“

„So? Rdnnt' so sein. Daß' ihm die Freud.“

„Aber bedenkt denn auch? 's is doch ländlich.“

„Daß' dir was sagen. Da heroben af mein' Hof schau' ich af Zucht und Ehrbarkeit, wie mir zukommt, und unter mein' Augen leib' ich kein' Lotterei und kein' schandbar'n Verkehr; aber für das, wa sich etwa ein's auswärts hinter mein' Rücken begeben laßt, hab ich nit aufzukommen! Mag's Anecht oder Dira, aber mein' leiblicher Sohn sein, 's is dann jed'm sein' eigene Sach' und der-wegen mag er sich auch abfinden, mit ihm selber, mit'm andern, was mithält' und mit'm Reichthum.“ (Fortsetzung folgt)

Danziger Nachrichten.

Führung der Magistratsgeschäfte ab 1. Mai durch den Senat.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit der zukünftigen Verwaltung der Stadt Danzig. Wir verweisen unsere Leser für heute auf den ausführlichen Bericht im Beiblatt und können noch zur Ergänzung mitteilen, daß nach einem gestern vom Senat gefassten Beschlusse die Geschäfte des Magistrats am 1. Mai auf den Senat übergeben sollen. Die Stadtverordnetenversammlung bleibt vorläufig bis zur Schaffung eines Gesetzes über die Stadtbürgererschaft noch bestehen. Die gestern in der Stadtverordnetenversammlung gewählte neungliederige Kommission soll die Aufgabe haben, bei der Beratung des Gesetzes über die Stadtbürgererschaft mitzuwirken.

Zur Warenausfuhr nach Polen teilt uns die Danziger Oberzolldirektion mit, daß die Waren, die für Polen bestimmt sind, anstatt der endgültigen zollamtlichen Abfertigung in Danzig auf Grund eines schriftlichen Antrages des Versenders einem Innenzollamt in Polen zur zollamtlichen Behandlung überwiesen werden können. Zu diesem Zweck hat der Versender eine Ueberweisungssilber in dreifacher Ausfertigung zusammen mit dem Frachttarif vor der Auslieferung der Güter dem zuständigen Zollamt vorzulegen. Das Zollamt läßt die geprüften und mit einem entsprechenden Vermerk versehenen Papiere durch den Versender an die Eisenbahn gelangen. Formulare für Ueberweisungssilber sind bei den Güterabfertigungsstellen sowie bei den Abfertigungsstellen des Hauptzollamts für Auslandsverkehr gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 Mk. zu haben.

Die Auszahlung der Militärverorgungsgebühren für April 1921 erfolgt am 29. und 30. März im Werftspeisehaus, und zwar in der auf den ausgegebenen Wertzetteln angegebenen Zeit. Das Nähere ist aus den bei den Postämtern befindlichen Aushängen und Hinweisen zu ersehen.

Die Auszahlung der Invaliden-, Unfall-, Waisen- usw. Renten erfolgt am 1. und 2. April 1921 gleichfalls im Werftspeisehaus, und zwar ebenfalls nur in der auf den ausgegebenen Wertzetteln angegebenen Zeit.

Deutscher Heimatbund. Im Frühjahr werden Ausflüge in kleinen Gruppen zur Beobachtung der Vogelwelt veranstaltet werden. Eine Liste zur Einzelnahme liegt in der Verkehrszentrale (Stadtraben 5) aus. Die Führung hat Herr Professor J. B. A. übernommen.

Die Oberammergauer Passionsspiele im Lichtbild. Gestern fand in der Aula der Petruskirche ein von Frau Elise Hoffmann geleiteter Vortrag über die Oberammergauer Passionsspiele statt. Die Vortragende führte die Zuschauer an Hand farbiger Lichtbilder nach Oberammergau, zeigte dessen geographisch reizende Lage, sowie die Freianlagen, die für die Passionsspiele geschaffen worden sind. Sie schilderte weiter die Entwicklung der Passionsspiele und führte im Bilde die bekanntesten Mitwirkenden vor. Im zweiten Teile des Vortrags behandelte die Rednerin die einzelnen Szenen des Passionsspiels, von dem sie ebenfalls Bilder vorführte. Der Vortrag war sehr gut besucht. Organist R. K. besorgte die einzelnen Szenen mit Kompositionen aller Meister stimmungsvoll auf der Orgel.

Polizei-Bericht vom 23. März 1921. Verhaftete: 27 Personen, darunter: 6 wegen Diebstahls, 3 wegen Betruges, 4 wegen Körperverletzung, 1 wegen Verdacht des Mordes, 1 wegen Vergehens gegen § 181 a Reichsstraf-Gesetzbuch, 1 zur Festnahme ausgegeben, 10 in Polizeihaft, 1 wegen Handels mit falschen Banknoten.

S. P. D. Parteimitteln.

Berlin. Sozialistischer Club. Donnerstag, den 24. März, abends 7 Uhr im Jugendheim (Stängel-Schule) Vortragabend des Genossen Eble. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Die Mitgliederbeiträge sind zu einer Kassenkontrolle mitzubringen.

Aus den Gerichtssälen.

Betrugschuldverurteilung. Der Händler Paul Samirski in Opatowitz im September in Danzig Pfannkuchen des Pfund für 1,50 Mk., während der Höchstpreis 1 Mk. betrug. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Höchstpreisüberschreitung zu 1800 Mk. Geldstrafe.

Diebstahl auf dem Lande. Die Landarbeiter Johann und Gustav Guttman in Marienau unternahmen auf dem Lande Diebstahl. Sie nahmen durch Einbruch Fässer, Sammelbehälter und Korbwaren. Sie standen vor der Strafkammer, die Johann Guttman zu 3 Jahren Zuchthaus und Gustav zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus verurteilte.

Volkswirtschaftliches.

Der Preiswucher auf dem deutschen Fischmarkt. In allen Ländern wird das vergangene Jahr als ein „Rekordjahr der deutschen Hochseefischerei“ gezeichnet. Zuordnerk wegen der Größe der Fänge, die gemacht worden sind. So wird berichtet, daß während des Jahres 1920 in Hamburg 28 Millionen Pfund Fische angeliefert wurden, in Cuxhaven 4 1/2 Millionen Pfund. Was noch beachtlicher als über die Masse der gefangenen Fische ist man über die erzielten Preise. In Altona allein wurden aus dem Fischverkauf 28 1/2 Millionen Mark erzielt, an den drei Fischplätzen Hamburg, Cuxhaven und Altona zusammen 36 1/2 Millionen Mark. Für die Höhe der Fischpreise ist es charakteristisch, daß in Hamburg im Jahre 1919 für 25 Millionen Pfund Fische insgesamt nur 21 Millionen Mark eingenommen wurden, im Jahre 1920 aber für 28 Millionen Pfund Fische 31 1/2 Millionen Mark mehr. Die Fischpreise waren also im letzten Jahre mehr als 100 Prozent höher als im Jahre 1919, und damals hatten sie, wie man weiß, auch nicht an übergroßer Billigkeit. Fortschreitet man den Grund nach, die zu dieser Preissteigerung geführt haben, so werden von den „fischigen“ Thebanen sofort die „enorm“ hohen Löhne für die Fischer, Kapitäne und alle anderen bei der Fischerei beschäftigten Personen vorgebracht. Aber hier, wie in allen sonstigen gewerblichen Betrieben, machen die Löhne nur den geringsten Teil der Unkosten aus. Wesentlich schwerer fallen die Materialpreise ins Gewicht, Kohlen für die Fischdampfer, Sarsen für die Netze, Öl für die Maschinen und so fort. Die Hauptfrage aber bleibt auch bei der Hochseefischerei: die Unternehmer begnügen sich nicht mit den verhältnismäßig bescheidenen Gewinnen der Vorkriegszeit, sondern es müssen Profite von hunderten Prozenten erzielt werden. Und was das für den konsumierenden Teil des Volkes bedeutet bei einem Grundpreis, der schon durch Materialpreise und Löhne gesteigert ist, kann sich jedermann selbst ausrechnen. Dazu kommen für den binnenländischen Verbraucher ganz besonders noch die Profite, die beim Fischhandel von dem in dieser Branche besonders mächtigen Zwischenhandel verdient werden. In Berlin zum Beispiel diktiert der Ring der Großhändler die Fischpreise, und die Kleinverkäufer sind ihnen auf Gnade und Ungnade überliefert. Daher die unerfreuliche Tatsache, daß heute noch, trotz der Riesenfänge der Hochseefischerei, die Preise für die gangbarsten Seefische im Einzelhandel das Zehn-, Fünfzehnfache, ja Zwanzigfache der Vorkriegspreise betragen. Ein Preis von 8 bis 10 Mk. für das Pfund Schellfisch oder Robellau, von 4 bis 6 Mk. für das Pfund Schollen, wie er gegenwärtig noch immer gefordert wird, ist durch nichts gerechtfertigt. Was nützen dem Volk also die Rekordfänge der Hochseefischerei, wenn sie nicht dazu dienen, die Preise für dieses wichtige Nahrungsmittel, das ehemals ein eigentliches Volkernahrungsmittel war, auf ein extrahäufiges Maß herabzubringen? Die Zwangsbeschaffung der Fische, wie wir sie bis zum Jahre 1919 hatten, war gewiß kein idealer Zustand. Aber der freie Handel hat auch bei den Fischen die Versprechungen nicht eingelöst, die er vor Aufhebung der Zwangswirtschaft immer und immer wieder gegeben!

kleine Nachrichten.

Die Verhandlungen im Ruhrkohlenbergbau.

Berlin, 24. März. Die die „Kölnische Rundschau“ und Bochum meldet, daß dort gestern eine Konferenz der Bergarbeiter stattgefunden, die beschloß, die Regierung um Einleitung neuer Verhandlungen in der Ueberlichtigen- und Kohlenfrage zu ersuchen. Diese Meldung ist besonders da sie aus einer der schwerindustriellen nahegelegenen Quelle kommt, mit großer Beachtung entgegenzunehmen. Die Bergarbeiter haben bekanntlich die weitere Befreiung von Ueberlichtigen einmütig abgelehnt.

Lenin für eine sozialistische Koalitionsregierung.

Kopenhagen, 21. März. In Helsingfors liegen Nachrichten aus Moskau vor, wonach Lenin mit einer Reihe führender Persönlichkeiten unter den Menschewiki und Sozialrevolutionären Verhandlungen eingeleitet haben sollte. Nach der „Berlingske Tidende“ handelt es sich um die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung. Wir vermögen dieser Nachricht einstweilen keinen Glauben beizumessen, da eine Koalitionsregierung allen bisher gehandhabten kommunistischen Regierungs- und Diktaturmethoden widersprechen würde. Freilich hat ja gerade Lenin schon häufiger Wasser in den Wein seiner kommunistischen Prinzipien und Doktrinen geschüttet, da ihm eben noch aus Keß von Wirtschaftskrisen geblieben ist.

Die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet.

Saarbrücken, 19. März. Die Regierungskommission des Saargebiets erläßt eine Verordnung, wonach sie in ihrer Sitzung vom 16. März beschloßen hat, vom 1. Mai 1921 sämtliche Einnahmen gleichviel welcher Art, der Eisenbahn sowie der Post- und Telegraphenverwaltung in Frankreich zu erheben, ferner das Personal dieser Verwaltungszweige in Franken zu bezahlen bzw. zu lohnen. (Diese Maßnahme stellt einen neuen Schritt Frankreichs auf dem Wege zur Annexion des Saargebiets dar. D. Red.)

Standesamt vom 23. März 1921.

Todesfälle: E. des Bauarbeiters Richard Sattmann, 30 J. — E. des Schlossers Franz Schulz, 8 J. 6 M. — Witwe Rebekka Robert geb. Leub, 67 J. 9 M. — Privatier Maria Orlobius, 78 J. 1 M. — Frau Hermine Neubam geb. Ertmann, 48 J. — Steuererheber Julius Bernstein, 65 J. 8 M. — Wittiger Johann Busch, 78 J. 3 M. — Invalide Friedrich Zerusa, 48 J. 11 M. — Witwe Maria Stankowski geb. Replaff, 68 J. 10 M. — E. des Fleischer Franz Repl, 9 J. 8 M. — Unchel 1 Sohn.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsrichtlinien am 23. März 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jamisch	—	—	—	—
Worshau	—	—	2,78	2,78
Thorn	2,27	2,26	2,56	2,50
Fordon	2,17	2,18	2,52	2,52
Ulm	2,16	2,16	—	—
Grading	2,32	—	—	—
Aurgrab	—	—	—	—
Montaerspöhe	2,40	2,38	—	—
Piechel	2,50	2,50	—	—
			0,24	0,26
			+0,90	+0,93

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bölsje, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig für die Verlagsanstalt Bruno Wertz in Orla. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Für das Osterfest preiswertes Angebot in

Damen- und Kinder-Konfektion

Die Leistungsfähigkeit meiner großen Spezial-Damen-Konfektions-Abteilung ist bekannt. Die Vorzüge sind: Große Auswahl, tadelloser Sitz, vorzügliche Stoffe, geschmackvolle Verarbeitung, zu besonders billigen Preisen

Damen-Kleider

- Mantelkleid reinwollener Cheviot, mit einfarb. Tuchragen und Weste, jugendliche Form, mit reicher Stepperei . . . 295⁰⁰
- Mantelkleid aus reinwoll. Foule, offen und geschlossen zu tragen, reich bestickt, sehr feine Form . . . 690⁰⁰
- Mantelkleid reinwollener Cheviot, offen u. geschlossen zu tragen, m. farb. Stickerei, Rock mit Falten . . . 390⁰⁰
- Mantelkleid aus vorzügl. Rammgarn, Rock ganzl. Pilseefalten, aparte, feine Form . . . 775⁰⁰

Damen-Mäntel

- Mantel aus covercoatfarb. Sportstoff, jugendl. feine Form, für Backfische, offen u. geschlossen zu tragen . . . 158⁰⁰
- Mantel aus vorzügl. Covercoat, in feiner Verarbeitung mit Stepperei u. Herrenrevers . . . 390⁰⁰
- Mantel aus hübschen, karierten Stoffen, in feinen, modernen Formen . . . 390⁰⁰
- Mantel aus leicht. Sommerkaufstoffen, in versch. Mustern, feine Form . . . 575⁰⁰

Damen-Kostüme

- Kostüm aus blauem Cheviot, halb gefüttert, jugendl. Form, mit Treffen u. Anopfe . . . 395⁰⁰
- Kostüm aus vorzügl. reinwollenem Stoff, jugendl. feine Form mit farbiger Stepperei . . . 775⁰⁰
- Kostüm aus reinwollenem Cheviot, Jacke ganz auf Seldenserge, flotte Form, in besser Verarbeitung . . . 690⁰⁰
- Kostüm aus reinwollenem Cabardine, ganz auf Seldenserge, elegante Verarbeitung . . . 875⁰⁰

Für das Mädchen

- Dirndl-Kleidchen aus gutem Musselin, mit Schürze, für das Alter von 2-3 Jahren . . . 58⁰⁰
- Wollenes Kleidchen aus gutem Schottenstoff, für das Alter von 6-7 Jahren . . . 192⁰⁰
- Mantel aus blauem Cheviot, offen und geschlossen zu tragen, für das Alter von 6 Jahren . . . 150⁰⁰
- Mantel aus covercoatfarbigem Sportstoff, in feiner Verarbeitung, für das Alter von 7 Jahren . . . 155⁰⁰

- Waschblusen aus farbigem Musselin, Wolle und Batist, in vielen schönen Mustern, moderne Formen . . . 49,50, 39,75, 24
- Waschblusen aus weißem Wolle und Batist, in modernen Formen, mit Stickerei, hübsch verarbeitet . . . 49,50, 39
- Sportblusen aus gutem Sportflanell in . . . offen . . . 58,00, 49

Sternfeld

Danzig 3846 Langfuhr

Für den Knaben

- Anzug aus gutem Buckskin, 2reihig, 1/4 geschlossen, für das Alter von 4 Jahren . . . 140⁰⁰
- Anzug vieler Schläpfer, aus hellem gemustertem Wollstoff, für das Alter von 3 Jahren . . . 250⁰⁰
- Paletot aus engl. gemustertem Mitterstoff, ganz gefüttert, für das Alter v. 2-3 Jahren . . . 195⁰⁰
- Paletot aus Covercoat mit Stepperei, ganz gefüttert, für das Alter von 2-3 Jahren . . . 225⁰⁰

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 28. März 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 1.

Der Troubadour

Oper in 4 Akten von Verdi.
Spielleitung: Max Richter.
Musikalische Leitung: Ulrich Waller.

Der Graf von Luna Paula v. Aronau
Leonore Alice v. d. Linden
Manrico Fritz Stein
Ferrando Dr. Ritter, Schreiber
Orso Stella Bedina
Der Graf von Luna Walter Mann
Ein alter Notar Georg Harber
Ein Weib Dr. Erik Waller

Donnerstag, abends 7 Uhr Dauerkarten D 1.
Die Fälligkeit der Fälligkeit.
Freitag: Verschlossen.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092 Tel. 4092
Direktor Paul Rasmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstsch.

Heute Mittwoch, den 28. März
Anfang 7 Uhr Anfang

„Der ersten Liebe goldene Zeit“

Morgen Donnerstag, den 24. März
„Der arme Jonathan“

Sonnabend, den 26. März:
Die Rose von Stambul

Vorverkauf Endtermin 10-4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69-70 statt
Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Künstlerspiele

Danziger Hof
Direkt.: Alex Braune Künstl. Leitung: P. Pfeiffer

Camorra Geschwister Fiedel
3 Yuktos 5 Mary Mädels
Carl Christoph Kotscheroff
Eugen Milano Tom Vöblig Trio

Das März-Programm

Professor Chitta und Arthur Dolores
2 Parren Karin & Morton
Harry Allister

Künstlerdielo
Die Wiener Schrammeln Gabr. Dietrich
Naturbänger Cellinger
Täglich 8-Uhr-See
Vorführung moderner Tänze.

Bartholomäikirche (Gebiet)

Karfreitag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr:

Kirchen-Konzert

Bach-Kantaten.
Solisten: Alice v. d. Linden (Alt), Reinhold Koenankamp (Tenor), Paul Seebach (Bass).
Chor: Frauenchor (Stange) und Herren des Danziger u. Zoppoter Männergesangsvereins
Orchester: Zoppoter Stadt-Orchester.
Orgel: Kurt Walter.
Leitung: Paul Stange.
Der Reinertrag ist für die Gemeindegeldkasse bestimmt. (1919)

Karten zu Mk. 10 & 5.00 5 (incl.), Sitzplätze 1.20 bei Hermann Lee, Langgasse 71 und an der Kirchentür.

UT Lichtspiele

Nur noch heute u. morgen

Der größte Erfolg seit Bestehen der U. T. - Lichtspiele.
Der Mann ohne Namen
H. Tell (1917)
Der Kaiser der Sahara!
Der Galsterscher mit Leo Peukert.
Lachen ohne Ende!
Festhalten haben nur von 6 oder 6 Uhr Gelligkeit.
Karfreitag: Geschlossen

Alteisen, Metalle, Knochen, Lumpen

kaufen (3660)
Carl Dankiger & Co.
Tel. 65 Oliva, Tel. 65
Zoppoter Straße 76.
Wir holen alles ab.

Wegen Fortz. von Danzig sind gebr. Schulbücher für die Volksschule sowie Gesangbücher für d. ev. Kirche bill. zu verk. Zu erfrag. Waßgasse 19 a, 1 Tr. (+)

Ein Hut und eine Chaiselongue billig zu verkaufen. +
Mauslegasse 11, 1. l.

Junge Leute
zum Zeitungs-Verkauf können sich von 3-4 Uhr nachmittags im Spendhaus 6 melden. (3900)

Gründonnerstag

Kringel
Friedensqualität

Café Birk

Postgasse 3/4 309

Einfach möbliert Zimmer mit 10m. br. Kaminofen in Langfuhr p. 1. 4. 21 zu mieten gesucht. Offert. un- Langfuhr M. 136 an die gepb. dieser Zeitung. (+) Selgen 8, 2 Tr. (+)

Konkurrenzlos! Angebot!

1a. Fahrraddecke
keine Neutraldecke, per Stück Mk. 80.
Es gelangt nur ein best. bräuntes Gummi zum Verkauf. (3648)

Bernstein & Comp.

Danzig, Langgasse 50.

Einen Weltruf verdient Legionka
Tabak, heller Virginia
mild, bekömmlich, billig
überall erhältlich!

Aula der Technischen Hochschule

Danziger Orchesterverein E. V.
Dienstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr
2. Vereinskonzert, Dirigent: Henry Prins

Solistin: **Riele Queling** (Violine)

Programme: Haydn, Op. 8 „Agrippina“, Bach, Violinkonzert E. Moll, Concerto für 2 Orchester, Violinkonzert A dur.

Einzeltickets zu 10, 5 & 4 und 3 M. bei Bureau Langgasse 29 und Abendkasse. (3994)

am Montag, d. 3. April: Klavierabend Frieda Kwest-Hodapp
Die für den 6. Januar gelassen Karten haben Gelligkeit.

Kaffee zum Osterfest!

Spezial-Mischungen
Sorte I, ger. 17.50 Sorte II, ger. 20.-
per Pfund per Pfund
Sorte III, ger. 23.- Sorte IV, ger. 26.-
per Pfund per Pfund
Spezial-Rösterei
daher Garantie für Reinheit und Geschmack
Franz Berner
Danzig, Spendhaus-Neugasse 10/11.

Dr. Oetker's Puddingpulver
in feinsten Friedensqualität
ist wieder überall zu haben. Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke „Oetker's Hähnelchen“ erhält.

Sonnabend vormittag ist auf dem Wege von Silberhütte nach Eilshiergasse ein led. Portemonnaie mit 62 Mk. u. 2 Rufstücken verlohren. Gegen Belohnung bitte abzugeben bei Falk, Schildstr. Oberstraße 90. (+)

Verlangen Sie die „Bolschstimme“ in den Gaststätten!

Großer Spezial-Verkauf

Durch gemeinschaftlichen Einkauf mit einem allerersten Berliner Kaufhause und Benugung dessen bestorganisierten Einkaufshäuser in den hauptsächlichsten Industrie-Zentren sind wir in der Lage

außergewöhnliche Vorteile

zu bieten. Unsere heutige Offerte soll Ihnen den ersten Beweis liefern.

Handschuhe

Damenhandschuhe, gutes Farbensortiment	Paar	6.75	Herrenhandschuhe, stuhlgewebt, haltbare Qualität	Paar	23.50
Damenhandschuhe, Milano mit schwarzer Raupe, feinste Zwirnqualität	Paar	10.75	Herrenhandschuhe, gute Zwirnqualität	Paar	25.50
Damenhandschuhe, gute Atlasqualität	Paar	12.75	Herrenhandschuhe, beste Sued-imitation	Paar	30.75
Damenhandschuhe, mercerisiert	Paar	16.50	Damenhandschuhe, Seide, mit doppelter Fingerspiße, großes Farbensortiment	Paar	25.-

Glaschhandschuhe, für Damen und Herren, allerbeste Fabrikate

Strümpfe

Damenstrümpfe, mit verstärkter Spitze und Ferse	Paar	9.50	Seidenstrümpfe, Trama, farbig und schwarz	Paar	59.50			
Damenstrümpfe, prima Makko, schwarz und braun	Paar	11.75	Füßlinge, prima Makko	Paar	5.50			
Damenstrümpfe, mit Seidengriff	Paar	15.50	Größe	3	4	6	7	
Seidenstrümpfe, feinfädige Ware, moderne Straßenfarben	Paar	18.50	Kinderstrümpfe	4.50	6.00	7.50	9.00	10.50

Trikotagen

Herrenhemden, gute Makkoqualität, prima Konfektion	Stück	32.-	Damenhemden, gestrickt, weiß	Stück M. 57.- und	35.-
Herrenhemden, vorzüglich große Makkoware	Stück	24.-	Damenunterarmen, pat.-gestrickt, ohne Aermel	Stück	18.-
Herrenjacken, prima Makko	Stück	24.-	Kinderhemden, gestrickt, Makko und wollgemischt	24.- und	22.-
Herrenkragen, einfarbig und gestreift, feine Makkoware u. Seidenstoff	Garnitur	110.-	Kinderkniehosen, in allen Größen, pat.-gestrickt, weiß	ab Stück	12.-
Kinderweater, beste Makkoqualität in allen Farben und Größen	ab Stück	12.-	Zipfelmützen für Damen und Kinder in Wolle und Kunstseide	ab Stück	10.50

Herren-Wäsche

Oberhemden, farbig Perkal mit fester Manschette	Stück	75.-	Herrnkragen, weiß Piqué und farbig, in allen Größen	Stück	5.25
Oberhemden, farbig Perkal mit Kragen und weicher Manschette	Stück	85.-	Herrnstehkragen, fuch Leinen	Stück	8.50
Oberhemden, weiß Piqué, mit Manschette	Stück	85.-	Herren-Stehumiegekragen, moderne Form, prima Qualität	Stück	9.50
Oberhemden, prima Zephir, mit Kragen und weicher Manschette	Stück	135.-	Zephir-Garnitur, Serviteur und Manschetten	Garnitur	12.75
Herrenkragen in einzelnen Weiten, weich und steif	Stück	9.50	Serviteur mit Halsteil, steif	Stück	10.50

Herren-Artikel

Selbstbinder, farbig, moderne Muster	16.50, 13.50,	9.75	Herren-Steyphüte	Stück	23.50
Selbstbinder, moderne Muster, bedeutend im Preise ermäßigt	15.-	25.-	Herrenhüte, hübsche Formen	Stück	69.50
Hosenträger, Hart mit Gummibiesen		12.50	Herrenhüte, prima Haarfilz, elegante moderne Form	Stück	95.-
Hosenträger mit Lederstreifen		13.75	Schwarze steife Herrenhüte	Stück	125.-

Beachten Sie bitte unsere Spezial-lester

Walter & Fleck

Sämtliche Artikel sind auf Extratischen ausgelegt